

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 27.

Berlin, den 5. Juli 1908.

9. Jahrgang.

## Kollegen, arbeitet eifrig am Ausbau und der Stärkung des Verbandes!

### Inhaltsverzeichnis.

Aus dem Reiche des Alkohols. — Der Generalstreik im Land und Ausland. — Rundschau: „Erziehungsarbeit“ sozialdemokratischen Gewerkschaftsblattes. „Christliche Süßsäpler.“ Bestrafter Unternehmerterrorismus. Ausbeutung der Unternehmer. — Wirtschaftliche Bewegung. — Jahresbericht des Bezirks Südbahnen. — Jahresbericht des Bezirks Frankfurt a. M. 1907. — Ein Guttausichter. — Handelsnachrichten: Dortmund, Düsseldorf, Schleiz, Cleve, Kassel, Hagenheim i. G., Lich, Oberhausen, Aachen, Neuwied i. W. — Echtes Baumaterial und farbige Architektur. Eine Berichtigung. — Aus unseren christlichen Verlagen. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Von den Gewerkschaften. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

### Aus dem Reiche des Alkohols.

Wenn man das Wort „Alkoholismus“ hört, so denkt man sich einen Massenkonsum von Schnaps in einer Proletarbevölkerung. Man darf aber den Begriff des Alkoholismus nicht so engen fassen. Unter dem Ausdruck vielmehr der Inbegriff aller Schädigungen zu verstehen, die der Genuss von geistigen Getränken anrichtet. Der Alkoholismus aber ist so alt, wie der Alkohol. Die ältesten Urkunden legen Zeugnis davon ab, daß der Gebrauch auch der alkoholischen geistigen Getränke ist. Der römische Gelehrte Tacitus erzählt von den Germanen: „Allein, nur dem Durst können die Germanen widerstehen, und gibt man ihnen nur immer zu trinken, so sind sie durch das gleiche Zepter nicht schwerer zu besiegen als durch feindliche Waffen.“ Man wird nun fragen, wie es denn kommt, daß der Alkoholgenuss erst in neuerer Zeit zu einer so bedeutungsvollen Frage geworden ist, da er doch von so alt sei wie die zivilisierte Menschheit. Zwei Gründe sind da vor allem entscheidend gewesen. Zunächst: Der Alkoholgenuss hat erst in unserer Zeit eine kolossale Ausdehnung angenommen, daß er eine Bedrohung für die Menschheit geworden ist. Es ist ja schwierig, den Umfang des Alkoholgenusses in früheren Zeiten festzustellen. Allein die bloße Erwähnung, daß die Errungenschaft der Technik, die Erfindung der Destillation und der neueren Bierbrauerei es erst ermöglicht haben, daß die Alkoholproduktion eine so riesige Ausdehnung angenommen hat, besagt genug. Sodann: Erst in den letzten Jahrhunderten hat man begonnen, die Erhebungen des sozialen Lebens systematisch wissenschaftlich zu durchforschen. Speziell die medizinischen Wissenschaften haben klar gezeigt, daß unter der Einwirkung des Alkohols kein Organ verschont bleibt, und daß besonders das feinste Organ, das Gehirn, der Träger des geistigen Lebens, schwer Schaden leidet. Diese neueren Erkenntnisse haben der Alkoholfrage ihre tiefste Bedeutung gegeben.

Dass der Alkoholgenuss gerade in neuerer Zeit eine ungeheure Zunahme erfahren hat, ist mit zwei Zahlen zu beweisen. Im Jahre 1888 gab Deutschland 1700 Millionen fl. für geistige Getränke aus. Heute, nach 20 Jahren, ist die Summe, die für alkoholische Getränke verausgabt wird, bereits auf drei Milliarden angewachsen. Was heißt denn nun eigentlich diese Ausdehnung? Ist der Alkoholgenuss eine Folge des Essens, schlechter, mangelhafter Ernährung, miserabler Wohnungsverhältnisse? Es mag sein, daß diese Umstände ein gut Teil mit dazu beigetragen haben, aber ausschlaggebend für die gezeigte Entwicklung waren sie nicht. Das Leben widerlegt stelltere Anschauung täglich. Der Alkoholgenuss ist ja nicht nur bei den ärmeren Bevölkerungsschichten vertreten, auch die besseren Kreise sind davon — wenn auch in anderer Form — betroffen. Wie finden den Alkoholismus bei allen Schichten der Bevölkerung, in allen Berufskreisen, wirtschaftlich entwidesten, wie auch zurückgebliebenen Elenden, in der sichern, ruhigen Lebenslage der Bevölkerung, wie bei dem unter der Un Sicherheit der Existenz befindenden Arbeiter. Der anständig bezahlte Beamte in der Mittelstadt, der eine sichere Stellung und ruhige Vermögensbildung hat, verhumpft manchmal in kürzer Zeit sein Wein oder Bier, während mancher Fabrikarbeiter seinen täglichen Lohnes und aufreibender Arbeit keinen herausarbeitet. Gerade besserbezahlte Arbeiter sind die oft relativ das meiste Geld für geistige Getränke ausgegeben, und wenn die Geschäfte gut gehen, die Böhne breiter, so nimmt auch der Alkoholgenuss zu, ein Beweis, daß dieser Genuss nicht allein mit Not und Verzweiflung in Zusammenhang steht. Die Voraussetzung in einer

Reihe der größten Städte der Schweiz beweist, daß bei den Besserrichtungen der Alkoholismus ebenso stark beteiligt ist, wie bei den Armen. Man kann sogar sagen, daß gerade die kleinen Leute und die Arbeiterschaft die tapfersten und energischsten Truppen im Kampfe gegen den Alkohol aufstellen. Gewiß wäre es töricht, zu leugnen, daß in der Lage des Arbeiters, in schlechten Wohnverhältnissen, stumpfsinniger, aufreibender Arbeit, langer Arbeitszeit starke Kräfte zum Trinken vorhanden sind. Aber der bedeutendste Grund ist doch die Gewohnheit, man findet die Trinksitten vor und man macht sie mit, weil es die andern tun. Ja, wer sich den Trinksitten, dem Trinkzwang entziehen will, ist beinahe genötigt, auf den geselligen Verkehr zu verzichten, er muß sich manche Unmöglichkeit versagen, die zu entbehren auf die Dauer schwer fällt. Und der Arbeiter wird sich den herrschenden Trinksitten um so willloser fügen, je gleichförmiger, langweiliger sein Dasein ist, und wenn es in der Erziehung nicht gesungen ist, höhere Bedürfnisse in ihm zu wecken. Nicht alle Arbeiter gehen ins Wirtshaus, nur um zu trinken, sondern vielfach weil die Wirtstube ihnen die Wohnung erfrezen muß, weil sie nur dort Ausspannung, Unterhaltung u. s. w. finden zu können glauben.

Das Wirtshaus bildet einen Teil der Wohnung für manchen, seine „gute Stube“. Wir brauchen Räume nicht nur zum Essen und Trinken, sondern auch solche, um unsere Ruhe zu genießen, für nützliche und gesellige Unterhaltung. Die Durchschnitts-Arbeiterwohnung vermag dieses Bedürfnis nur mangelhaft zu befriedigen. Wir empfinden diesen Missstand um so mehr, als man mit Erfolg an der Arbeit ist, im Arbeiter das Schönheitsbedürfnis (in Möbeln, Zimmerkümpfchen u. a. m.) zu weden. Für diese Seite bildet die Arbeiterwohnung im großen keinen Raum. Im allgemeinen ist man hier auf das Wirtshaus angewiesen, den Aufenthalt im Wirtshaus müssen wir uns aber erst erkauen mit Alkoholgenuss. Unser erstes Bestreben muß deshalb darauf gerichtet sein, den lästigen Trinkzwang abzuschaffen. Nicht Schließung des Wirtshauses, sondern Reform desselben. Da können die organisierten Arbeiter ihre Macht als Konsumtanten zur Geltung bringen. Der Nachfrage nach alkoholfreien Getränken und alkoholfreien Getränken wird das Angebot dann schon folgen. Erst Trinkzwang, dann Vorurteil.

Alle, die in der Organisation tätig sind, für sie streiten und werben, müssen die Erfahrung machen, daß im Alkoholismus eines der größten Hindernisse für Fortschritte und Erfolg unserer Bewegung zu erblicken ist. Das Wirtshaus und Alkoholgenuss dumpfen den Arbeiter ab, sie machen ihn gleichgültig gegen unsere Bestrebungen. In der Kneipe lebt der Arbeiter gleichsam außerhalb seiner Zeit und seiner Welt, unbekümmert um den großen Kampf, in dem doch auch sein Schicksal entschieden wird. Er wird stumpfsinnig, er empfindet kein Bedürfnis mehr, aus der dumpfen Atmosphäre, aus dem engen Kreise seines Daseins herauszukommen, er hört auf, Teilnahme zu empfinden für den Ruf nach Vorwärts, nach Gleichberechtigung, der in unsern Tagen so mächtig und laut durch unsere Reihen tönt. Wenn wir unsere Bewegung in die Höhe bringen wollen, unsere Arbeiter geistig und sittlich emporziehen wollen, so müssen wir auch mit allen Mitteln den Kampf gegen den Alkoholismus führen. Richtige, unserm Stand und unsern Verhältnissen angepaßte Auflklärung in Vorträgen, in der Presse muß betrieben werden. Mögen alle Arbeiter, die daran arbeiten, unsere Bewegung vorwärts zu bringen, auch den Kampf aufnehmen gegen diesen Feind der Arbeiterbewegung.

### Der Generalstreik im Inland und Ausland.

In den romanischen Ländern, in Frankreich und Italien, spielt in der sozialistischen Arbeiterbewegung der Generalstreik als Kampfsmittel eine große Rolle. Weniger als gewerkschaftliches, sondern als ein politisches, revolutionäres, als letzter „Alt des tragischen Konfliktes zwischen dem Proletariat und der Kapitalistenklasse. Er bedeutet die letzte Anstrengung, um dieser die Produktionsmittel zu entreißen, die sie benötigt, um die Arbeiter auszubeuten“. So spiegelt sich in einer Studie über den Generalstreik, die der belgische Sozialisteführer Emile Vandervelde in dem eben erschienenen neuesten Band des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ veröffentlicht, der revolutionäre Generalstreik in den Köpfen der Syndikalisten wider, jener sozialistischen Gewerkschaftler, die eine ruhige gewerkschaftliche und parlamentarische Tätigkeit verfolgten, denen der revolutionäre Generalstreik nicht ein, sondern das

Mittel zur völligen Befreiung des Proletariats ist. Antimilitarismus, direkte Aktion und Vorbereitung des Generalstreiks durch Teilstreiks, Gewerkschaften mit kleiner Mitgliederzahl und geringen Hilfsmitteln, Antiparlamentarismus oder zum wenigsten geringe Einschätzung des Parlamentarismus, Identität des Generalstreiks und der Revolution: das sind nach Vandervelde die wesentlichen Züge des revolutionären Generalstreiks, wie ihn die französischen und italienischen Syndikalisten auffassen und propagieren.

Bei dem großen Einfluß, den Vandervelde als Sozialisteführer in seinem Heimatland Belgien besitzt und der Rolle, die auch hier der Generalstreik in seiner reformistischen Form spielt, d. h. als politischer Streik mit dem Ziel, den Regierungen teilweise Konzessionen zu entziehen, ohne doch die Existenz dieser Regierungen und besonders des Regimes, das sie darstellen, in Frage zu stellen, dürfte sein Urteil über den revolutionären Generalstreik nicht ohne Interesse sein. Mit den Syndikalisten ist Vandervelde der Meinung, daß die politische Agitation weniger wichtig ist als die gewerkschaftliche, und daß im steigenden Maße der Streik — sei er gewerkschaftlich oder politisch — eine der stärksten Waffen ist, die das Proletariat für seine Befreiung in Anwendung bringen kann. Der Meinungsunterschied, der ihn und die Syndikalisten trennt, ist lediglich der, daß für ihn der Generalstreik nur ein, aber nicht das Mittel sei, nicht das einzige Mittel der Revolution, und daß es seines Erachtens ebenso gefährlich ist, dem Proletariat zu sagen, daß zu seiner Befreiung der Generalstreik genüge, wie es zu lehren, daß die Revolution mit Gesetzesparagraphen und Verordnungen zu machen sei.

Bei dieser hohen Einschätzung des Generalstreiks für die sozialistische Arbeiterbewegung ist Vandervelde doch ehrlich genug, ihn für bestimmte Länder anders zu bewerten. Man darf, so betont er, nicht vergessen, daß die Methode des französischen revolutionären Syndikalismus kein Exportartikel ist; würde man versuchen, sie in Deutschland oder selbst in England anzuwenden, so würde man nur eine unverhönlische Repressionspolitik herausbeschwören. Nirgends hat sich das unseres Erachtens mehr als im klassischen Lande des syndikalistischen Generalstreiks, in Frankreich, selbst gezeigt. Man denke, abgesehen von den bei Streiks hier nicht seltenen Eingriffen der Polizeiwaltung, nur an die „gesetzliche“ Gewerkschaftsbewegung, die gerade von Frankreich ausgegangen und in mancher Beziehung hier wie auch anderswo gewissermaßen als eine Reaktion, als ein Gegenstück gegen eine zu starke Unspannung gewerkschaftlichen Radikalismus anzusehen und zu erklären ist. Wenn die französischen Syndikalisten auch reichliche gewerkschaftliche Erfolge aufzuweisen haben, so ist das kein Beweis etwa für die Richtigkeit der syndikalistischen Methode. Denn einmal sind die französischen Unternehmer nicht so stark organisiert wie ihre deutschen und englischen Kollegen. Vor allem ist aber, wie auch Vandervelde hervorhebt, ein beträchtlicher Teil der in Frankreich errungenen gewerkschaftlichen Erfolge den Syndikaten (Gewerkschaften) mit revolutionären, also nicht revolutionären Zielen zu verdanken, wie z. B. bei den Buchdruckern, welche dieselben Methoden der Wohlbewegung anwenden, wie die englischen und deutschen Gewerkevereine.

Wie man in Deutschland im Gegensatz zum Ausland im leitenden sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftskreisen über den Generalstreik als politisches Kampfmittel denkt, dafür bildet die Geschichte der letzten drei Jahre ein lehrreiches Beispiel. Man erinnere sich des Jenaer Parteitages vom Jahre 1905. Einige Monate, im Mai, war ihm der „freie“ Gewerkschaftskongress in Köln vorhergegangen, der sich gegen die Propagierung des Generalstreiks als „Revolution im Sonntagsanzug mit den Händen in den Hosentaschen“ erklärt hatte. Dieser Schritt ging der Partei doch zu sehr gegen den Strich. In Jena galt es wieder einzutreten. In einer wahren Brandrede suchte Herr Bebel die „Genossen“ für den Generalstreik zu begeistern und das gelang ihm mit dem Erfolg, daß der Parteitag gegen nur wenige Stimmen sich für die „umfassende“ Anwendung der Massenarbeitseinstellung“ und für die „unumgänglich notwendige, unausgesetzte“ Belohnung und Auflklärung der Massen“ in dieser Frage aussprach. Dann setzte die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung ein. Der sozialdemokratische Preschorus unter dem Vorantritt des „Vorwärts“ befürgte diese Auflklärung in einer Sprache, daß die Genossen wirklich glauben müssten, daß es bald „los geht“. Daß schlug wie eine Bombe die Enthüllung der anarchistischen „Einigkeit“ ein: „Von den eigenen Tribünen genausicht!“ Es stellte sich heraus, daß derselbe Bebel, der sich in Jena für den Generalstreik erklärt hatte, in einer Geheimkonferenz zwischen Parteivorsitz und Generalkommission der freien Gewerkschaften ausgeprochen

hätte, der Parteivorstand habe nicht die Absicht, den Massenstreik zu propagieren, sondern werde ihn sogar nach Möglichkeit zu verhindern suchen. Darob große Konfusion und Enttäuschung ob dieses „Betrats“ im Gewissenlager. Der „Vorwärts“ suchte sich in „sozialdemokratischen Spitzfindigkeiten“ herauszureden. Die Erlösung brachte aber erst der Parteitag zu Mannheim. Die Gewerkschaften triumphierten hier. Legien, der Vorsitzende der Generalkommision, konnte erklären: Generalstreik bleibt Generalunruh! — und Herr Bebel, das Oberhaupt, stellte sich ihm.

So besteht zwischen den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen Deutschlands und denen namentlich Frankreichs und Italiens in der Bewertung des politischen Massenstreiks eine große Meinungsverschiedenheit. Unter den deutschen Verhältnissen kann der politische Generalstreik, der als politisches Agitation- und Aufreizmittel der sozialdemokratischen Partei vielleicht manche Dienste leisten mag, den Gewerkschaften nur Schaden bringen. Und doch wollen Partei und Gewerkschaften „eins“ sein. Da müssen sich aber auf die Dauer entweder die Gewerkschaften ändern oder die Partei. Wir glauben die Septem-

## Rundschau.

**„Erziehungarbeit“ eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsblattes.** Nicht „Erziehung“, sondern „Verrohung“ ist es, was manche sozialdemokratische Blätter sich ihren Lesern gegenüber erlauben. Das Organ des „freien“ Hafenarbeiterverbandes, „Der Hafenarbeiter“, hat sich durch seinen rohen, verwilderten Ton schon mehrfach ausgezeichnet. In seiner Nummer 9 vom 25. April d. J. bringt er wieder einige Blüten dieser zutunstlichen Erziehungsblüten, die aber auch von Spott und Haß gegen die Religion geradezu triefen. Die Anregung im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, die katholischen Studenten möchten sich mehr jozial betätigen und auch in Arbeiterversammlungen Vorträge halten, hat's dem fanatischen roten Blatt angetan. Das sei ein „neuer Trick, die zunehmende Auflärung der Arbeiter zu verhindern“, meint der anscheinend vor Christenhäß blind gewordene „Hafenarbeiter“ und fängt dann an zu lästern und zu höhnen: „Der „sozial gesinnte“ Jungling aus den „besserer“ Klassen macht den Vorschlag, die Studenten sollten den Arbeitern belehrende Vorträge halten. Großartig! Der Erfolg müßte überraschend sein. Man denke sich, ein Musensohn behandelt das Thema: „Die heilige Inquisition als Förderin der Kunst und Wissenschaft“, oder ein anderer erklärt „die symbolische Bedeutung der Springprozession nach Edernach“. O, es könnten so viele interessante Fragen behandelt werden, z. B. welche Gestalt der Teufel hat, wo der Himmel und wo die Hölle räumlich zu suchen sind, ob im Himmel nur Latentisch gesprochen wird und ob dort Freitags Fleisch gefestigt wird, bei welchem Schneider die Mutter Gottes ihre Kleider machen läßt, ob es im Himmel auch Klosets mit Wasserspülung gibt, usw. usw. — Neben diesen zynischen Trivialitäten gibt die Redaktion dieses „neutralen“ freien Gewerkschaftsblattes auf der nächsten Seite derselben Nummer einen weiteren Beweis sozialdemokratischen „Anstandes“ in folgender Briefstammtotiz: „Es wird schon wieder besser. Ich habe in der Öffentlichkeit in Dreieifelsnamen über den Kreuzweg gepläkt und dabei den Henkersknechten, Bütteln und Justizpässen all mein Ungeheuer an den Nächten gewünscht. Das hilft ja, der Teufel hilft seinem Leuten. Besten Gruß! Solche nichtswürdigen Kühheiten eines angeblich „neutrale“ freien Gewerkschaftsblattes kritisiert man nicht. Die christlichen Arbeiter aber und alle Freunde derselben werden wissen, was sie dieser sozialdemokratischen „Erziehungsweise“ gegenüber zu tun haben.“

\* \* \*

**„Christliche Süßholzraspler.“** Im Hinblick auf die Auseinandersetzung eines Abgeordneten im Reichstage, er wünsche, daß die „Rümmesjahre“ der christlichen Gewerkschaften bald vorbei seien möchten, führt Kollege Stegendorf, nachdem er auf die Schwierigkeiten hingewiesen hat, die christliche Gewerkschaftsbewegung neben der sozialdemokratischen hochzubringen, in dem Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1907 an:

„Mit Süßholzraspeln sind bei der starken sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland Arbeitermassen nicht zu überzeugen. Darüber sollte man unter sozial verständiger Leute nicht mehr zu reden brauchen.“

Dazu bemerkte der „Vorwärts“:

„Mit anderen Worten heißt das wohl, daß die christlichen Führer die Reigung zum Süßholzraspeln haben, daß aber andererseits die katholischgläubige Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie bereits zu sehr mit Klassenbewußtsein erfüllt ist, um das Süßholzraspeln ihrer Führer noch zu ertragen. Das ist der Grund, weshalb die Herren Giesberts, Schiffer und andere Süßholzraspeln, vor den katholischen Arbeitern gelegentlich die Zielbewußtsein und Entschiedenheit herausbeleben — um sich dann vor ihren hochmögenden Gönnern zu entschuldigen, daß sie in Radikalismus nur machen, um der Konkurrenz gewachsen zu sein! —“

Als wir diese „hochgekreuzte“ Bemerkung eines Unentwegten des „Vorwärts“ lasen, haben wir uns herzlich gestritten. Wir erinnerten uns sofort des Ausdruckes eines „Katzfisch“, der es mit der „reinen Lehre“ noch etwas genau nimmt, wenigstens im Hinblick auf die übrigen, der analogisch einer Verhandlung mit den Unternehmern zu seinen Kollegen meinte:

„Hier müßte uns nur mal einer von den historisch Materialistischen beobachten können.“

Der Hohn, der in diesen Worten lag, zeigte so recht den Unterschied zwischen der Theorie — id est der Praxis dieser sozialdemokratischen Führer. Wir glauben aber selbst, daß, wenn einer der „historisch Materialistischen“, der „Unentwegten“ des „Vorwärts“ allen Phasen einer solchen Verhandlung bewohnen könnte, er von einer dreiteiligen Gleichheit befallen würde. Er würde an der Überzeugung kommen, daß diese „Klassenbewußtsein“ Genossen — zu widerlichen Süßholzraspeln herunterfallen können, und somit, was den christlichen genue angehängt werden möchte, eigentlich nur in den Reihen der sozialdemokratischen Führer zu finden ist. Um diese Taten zu entkräften, die ja mit der „reinen Lehre“ nicht mehr in Einklang gebracht werden können, werden also dann allerdings Kausliche geführt. Da hat sich der Klassenkampf zu „höheren“ Formen durchgespielt. Man kann den Hohn der anarchistisch-sozialistischen „Einigkeit“ begreifen, wenn sie dazu meint:

„Soviet! Das Zeitalter der Humanität bricht an, alles altes kommt unanständige Formen an. Der Klassenkampf wird mir noch auf Süßholzraspel bei einer gewißlich qualmenden Sitzung in einem angemessenen Raum führen, die Kasse darf gar nicht mehr daran teilnehmen, sondern hört mit Gesetzen auf dem Scheit der Mediatoriatoren zu, und hat mir notwendig eine höhere Beitragsmiete zu liefern. Selbst die Revolution wird nicht mehr blutig gehabt, sie vollzieht sich auf ganz gewöhnliche Art, blieblos in Bildern, tanzt handgemalen und überallüber.“

Wir hoffen außerdem für jeden Genossen und

gegenüber den Christlichen bestehen. Dafür sonst müssen die roten Süßholzraspler ja vollends auf den Hund kommen.

\* \* \*

**Beschwerter Unternehmervereinigungs.** Das Unerhörte ist geschehen, ein Unternehmer ist wegen Vergehens gegen den § 153 d. G.-D. zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Vor einigen Jahren stand ja schon einmal ein gleicher Prozeß gegen einen Unternehmer in Konstanz statt, die mit einem Tag Gefängnis davongekommen waren, dann aber auch noch hier von begnadigt wurden, soweit wir uns zu erinnern vermögen. Das kaum glaubhafte hat sich nunmehr in Berlin wiederholt, obwohl es schwere Miliee kostet hat, die Erhebung der Anklage überhaupt durchzuführen. Die Verurteilung dazu war ein Bäckerstreit im vorigen Jahre. Eine Reihe Unternehmer hatten die gestellten Forderungen bewilligt, und richtete sich gegen diese der ganze Haß der beiden Bäckerinnungen. Sie verhängten über die Unternehmer, welche bewilligt hatten, die Besetzung, obwohl das Gesetz sich nicht dazu herbeilassen wollte, auch sehten sie eigenmächtig den Namen des Vorsitzenden des legtgemachten Syndikat unter einen Vertrag. In einem Flugblatt bewimpften sie die bewilligenden Meister und Gewerkschaftsführer als Bäcker, Ehrenwortbrecher, charakterlose Wichte, seiges Verhalten, verleumderische Kampfweise des Bäckerverbandes usw. Angeklagt dererwegen wurden die beiden Innungsvertreter Schmidt und Milleville. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt lehnten die Klage wegen Erzöhung und Chrürverlezung ab, erst auf Beschluss des Künigergerichts erfolgte die Erhebung der Anklage. Nach der vor der fünften Strafkammer in Berlin geführten siebenstündigen Verhandlung verurteilte das Gericht den Schmidt zu 3 Tagen Gefängnis, Milleville wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 1 Tag Gefängnis beantragt. (Ein milder Staatsanwalt.) In der Urteilsbegründung wandte sich das Gericht entschieden, es habe sich nur um eine leere Erzöhung oder um einen wohlmeinten Not gehandelt, wie die verklagte Seite es hinzustellen versuchte. Wir freuen uns nicht über die verhängte Strafe an sich, wünschen jedoch, daß derartige Verurteilungen recht oft erfolgen mögen, obwohl unsere Hoffnung darin ja sehr schwach ist. In Wirklichkeit hat der § 153 seither ja nur für die Arbeiter bestanden. Je mehr die Arbeitgeber mit ihm in Verbindung treten, desto eher fällt er. Auch schwindet dann der heute tatsächlich bestehende Gedanke in der Arbeiterwelt von der Rechtsungleichheit.“

\* \* \*

**Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer.** Es ist eine bekannte Tatsache, daß viele Schriftstellerkreise andauernd über Beiträge und die Festlegung der Kapitalien in unserer Arbeiterversicherung jammern, da diese dem deutschen Unternehmensgeist entzogen werden. Sie weisen dann mit Vorliebe auf andere Länder hin, wo jede staatliche Arbeiterversicherung fehlt, auch die Unternehmer angeblich viel rücksichtloser gegen ihre Arbeiter vorgehen. Alsdann folgt regelmäßig ein Loblied auf die deutschen Unternehmer wie auf die Unternehmer überhaupt, die ein so großes Risiko übernehmen usw. Auch die freikonservative „Post“, ein Hauptschriftstellerorgan, sieht türklich wahre Jammernde aus. Sie befürwortete die amerikanische Rücksichtlosigkeit, die bei Konjunkturwechsel keine wirtschaftliche Regelung aufkommen läßt bezüglich der Arbeiterentlassungen usw. Dagegen in Deutschland der Moralismus mit seinem Gleichheitsfaust, der das Wirtschaftsleben angestrenzt habe. Sie schließt:

„Der deutsche Gewerkschaftler lebt in einem Traumlande. In diesem Traumlande haben Staat und Unternehmer dafür zu sorgen, daß er bequem beschäftigt und reich entlohnzt wird. Er selbst hat aber nur Rechte, das Recht, zu streiken, das Recht, Streikosten zu stehen, das Recht, Arbeitszeitverkürzung von der Arbeit abzuhalten, das Recht, Unternehmer zu schädigen, ohne dafür haftbar gemacht werden zu können.“ Es wird die Sache der deutschen Unternehmer sein, die deutschen Gewerkschaftler aus diesem Traume aufzuschrecken und ihnen zu Gemüte zu führen, daß sie in einer Wirklichkeit leben, in der die Korrelate Pflicht, Arbeit, Leistung und Ursache noch nicht von Recht, Lohn, Gegenleistung und Folge losgelöst sind. Sie haben in guten Zeiten Streikpressung geübt, neue Arbeitskräfte ferngehalten und den Lohn über die Wirtschaftslage hinaus hinaufgetrieben.“

Der Arbeiter hat auch das Recht, ausgebunten zu werden, und je nachdrücklicher das gefordert, desto mehr sollte er sich darüber freuen, das ist die Logik dieses Schriftstellerorgans. Und wenn er sich das nicht gutwillig gefallen läßt, dann muß der Staat mit den Unternehmern gemeinsam gegen diese Rentieranten vorgehen. Der Unternehmer hat allein zu bestimmen, in welchen Bahnen sich Leistung und Gegenleistung zu bewegen haben, so will es das freie Ausbeutungsrecht des Unternehmers, angeblich zur höheren Ehre der Industrie. Und bei wirtschaftlichen Krisen rücksichtlos raus mit dem Röbel, es ist ja nichts mehr an ihm zu verdienen. Wenn der Röbel dann nicht im Schauspiel eben verenden will, dann ist er gezwungen, die öffentliche Wohlfahrt in Anspruch zu nehmen, über deren Weichheit alsdann wieder gezeigt wird, wenn sie diesen Unglücksbringer bringt. „... an einem solchen Arbeiterstand, der damit unabdingt der Degeneration überantwortet würde, sollte die deutsche Industrie ein Interesse haben?“ Für so hirnverbrannt halten wir die wirtschaftlichen Vertreter unserer Industrie nicht, denn diejenigen, die eine derartige Ansicht haben, sind immer nur wenige. Und die das schreiben, sind nur Goldfinger des Kapitals, die für klingende Münzen doch etwas leisten müssen.

## Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang verhindern: Weizenburg i. G., Auswertung (Maurer, Zimmerer und Bauhofsarbeiter). Rheinland und Westfalen (Fleischerleger). Gesperrt ist das Geschäft Hermann in Bischofsheim. Dr. Carl von Wittenberg. Götschäg (Maurer), Vlotho (Maurer), Dortmund. Sperrt über die Firma Westen, Götschäg (Maurer), Vlotho (Maurer), Wittenberg. Die Firma Leitner wegen Nichtbezahlung des tariflichen Lohnes (Maurer und Bauhofsarbeiter).

### Lohnbewegung im Stoffaturgewerbe.

Wie durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts für das Stoffaturgewerbe unter dem 25. Juni mitgeteilt wurde, haben die Arbeitgeber der Städte Bochum, Essen, Dortmund, Herne, Recklinghausen, Umla-Camen und Wanne den ergangenen Schiedsspruch abgelehnt.

Die Arbeiterorganisationen, unsere sowohl wie die der Geiswörter, haben so viel Disziplin gezeigt, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen, obgleich die Kollegen eigentlich nirgend sich zu Frieden zeigten. War ihnen doch unter Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit nur 1 Pf. Lohnzehrung für 1909 zugesprochen worden. Nichtsdestoweniger haben sich die Kollegen gestraft.

Außerdem aber die Arbeitgeber, obgleich ihnen der Schiedsspruch eine weitere Belastung überhaupt nicht bringt. Im Gegenteil enthält derselbe für einzelne Orte noch Verschlechterungen der bisherigen Verhältnisse für die Kollegen. Trotzdem jedoch sich die Herren Arbeitgeber jetzt mit einemmal auf das hohe Röß und lehnen den Schiedsspruch glatt ab. Werden bringt uns diese unverständliche Haltung nicht zu sehr zu wundern. Nur doch das ganze Verhalten der Arbeitgeber bei den Verhandlungen darum gerichtet, unter allen Umständen Ge-

schlechterungen herbeizuführen. In der Sitzung vom 18. August scherte schon ein Arbeitgeber: „der Schiedsspruch soll abgelehnt werden“, worauf Herr Dr. W. erklärte, falls diese Absicht bestehe, solle man sich doch äußern, es würde dann den Herrn Schiedsrichter die erwartet, den Schiedsspruch überhaupt zu fällen. Es dieses alsdann seitens der anderen Arbeitgeber als Schiedsgericht bestellt. Heute liegt allerdings die Vermutung nahe, daß sich über die Ablehnung des Schiedsspruches schon vor der Sitzung klar war, und der betr. Arbeitgeber es unbewußt schon vorher herausgesagt. Sei dem, wie es will, jedenfalls den die Stoffaturkollegen alles daran sehen, jede beabsichtigte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzufordern zu können. Die Kollegen wissen zu gut, wie schwer das Gesetz willkürlich schaffen zu lassen, so blühen sie sich getäuschen.

Haben die Arbeitgeber den gebotenen Frieden so zurückgewiesen, mögen sie auch die Konsequenzen daraus ziehen. Unsere Kollegen werden zeigen, daß auch ohne Tarifvertrag bestehende hochgehalten werden kann.

Die Kollegen aber sehen hier so recht die Arbeitersreulekeit der Herren Arbeitgeber. Tausende von Arbeitgeber-Baugewerbes haben sich dem Schiedsspruch unterworfen, die Herren Stoffaturmeister von obenbezeichneten Orten glänzen der Reihe tanzen zu dürfen. Nun wollen denn, ehe die Deßentlicheit wird sich schon ihr Urteil über ein derartiges Vorgehen bilden. Die Absichten der Herren sind ja auch zu sichtlich, als daß man selbige nicht durchschaut hätte.

Irgendwo Verstöße gegen die bisherigen Bestimmungen von Tarifverträgen oder Verschlechterungen angeboten oder aufzutrotzert werden sollen, werden sich die Kollegen durch keinerlei Wutze hinhalten, sondern sofort mit der Belegschaft in Verbündetreten. — Kollegen, es gilt die Wonne der Arbeitgeber durchkreuzen, darum ist strikte Disziplin notwendig. Vor allen wollen sich die Kollegen nicht durch Abordnungen noch sonst irgendwie Womachungen binden.

Die Kollegen allerorts werden gut tun, das in Betracht mende rheinisch-westfälische Industriegebiet so weit wie möglich zu meiden.

### Rheinisch-westfälisches Tarifgebiet.

Essen, den 26. Juni. Heute fand im hiesigen Rathaus die Regelung der von dem Arbeitgeberbunde und den Arbeiterorganisationen erhobenen Proteste gegen den gesetzlichen Schiedsspruch betr. des Tarifvertrages für Maurer, Zimmer und Bauhofsarbeiter eine Verhandlung statt. Unwesentlich waren drei Vertreter vom Arbeitgeberbunde, sieben von den Arbeitergesellschaften und die Herren Unparteiischen Dr. Wiedermann, Hartmann, Hülsner und Weiffhoven. An Protesten waren zu regeln, und zwar betreffs der Löhne in Witten-Essen, Olpe, Werne, Hattingen, Ober- und Unterassel. Bei gegen die Arbeitzeit in Münster, Barmen und Beckum, und Einbeziehung der Zimmer in Löhngebiete Wesel. Sämtliche Fälle wurden ausführlich diskutiert und teils mit mündlichen und schriftlichen Beweisen erörtert. Hierauf wurde von Herrn Schiedsrichtern erklärt, daß noch heute die gelangten Fälle geschlichtet, und der Schiedsspruch binnen einigen Tagen gesandt würde.

### Bezirk Köln.

Düsseldorf (Wlb.). Bekanntlich beabsichtigte der Arbeitgeberverband auch uns dem Berliner Schiedsspruch zu unterwerfen, wonach bis zum Jahre 1910 keine Lohnzehrung bewilligt werden braucht. Zu diesem Zwecke nahm auch Herr Dreihaupt den Verhandlungen in Essen und Köln teil. Wir hätten nun nicht im geringsten gestrahlt, daß Düsseldorf in den abgelaufenen Tarif aufgenommen worden wäre, wenn unsere Unternehmer etwas soziales Verständnis gezeigt und entsprechend verantworten Lebenshaltung den Lohn um einige Pfennige erhöht hätten. Aber der hiesige Arbeitgeberbund scheint nur einen Zweck zu haben, die Höhe so niedrig zu halten, als möglich. In einer Verantwortung scheint man nicht zu denken. In den Preisen sich gegenseitig unterstreichend, darin liegt die Unternehmer „großes“, da herrscht die größte Uneinigkeit. So bald es aber heißt gegen die Arbeiter Front zu machen, dann sind sie sich alle einig. Da die Höhe hier sehr niedrig ist, sollte man glauben, die Unternehmer hätten dieselben ebenfalls verbessert, aber weit gefehlt. Vor zwei Jahren fand der Arbeitgeberbund, daß der vielen Streikbrecher, und Lohnbewegung niedriger wurde. Da unsere Unternehmer nun einsindig sind, müssen wir eben damit rechnen. Darum sträubten die Düsseldorfer Kollegen, in den allgemeinen Tarif aufgenommen zu werden. Erst müssen wir noch einige Pfennige Lohn erringen. Herr Dreihaupt legte in Essen ein Schriftstück vom Jahre 1909 vor, wonach in Düsseldorf ein Vertrag für ewige Zeiten bestellt. In dem Schriftstück erklärten die Unternehmer, daß sie den Tarif 46 Pf. für Maurer und 36 Pf. für Bauhofsarbeiter, für ein Jahr weiter zahlen wollen. Es heißt dann: wird am 1. Januar 1910 dieser Vertrag nicht geschlossen, läuft derselbe weiter. Da eine Kündigung nicht erfolgte, läuft der Vertrag einfach weiter. Unterschrieben ist der Vertrag seitens der Arbeitgeber von dem Vorsitzenden Dreihaupt, seitens der Arbeitnehmer von der Tarifkommission. Der sozialdemokratische Maurerarbeitsverband hat zu allem Überfluß auch noch den Verbandsdienst darunter gelegt. Das Schiedsgericht in Essen entschied, daß Düsseldorf ein Vertrag bestände. Derartige Verträge, ohne Abstimmung, könnten jedoch gefährdet werden, aber nur zu einer für beide Seiten nicht passenden Termint. Wir sind daher gebunden und auch frei. Daher Kollegen, sorge ein jeder dafür, daß alle Fernfahrenden der Organisation zugeführt werden, damit wir recht bald in die Lage kommen, unsere Verhältnisse zu verbessern. Bisher stand in Düsseldorf der Lohn stets höher als in Witten. Das ist nun anders geworden. Die Wittenenser haben seit drei Jahren verstanden, ihre Organisation auszubauen, daher auch die Erfolge. In Witten steht der Lohn dieses Tarifs auf 49 Pf. für Maurer und 39 Pf. für Bauhofsarbeiter, nicht auf 51 und 41 Pf. Was in Witten möglich war, darf in Düsseldorf nicht unmöglich sein. Daher agitieren ein jeder, sowohl auf der Arbeitsstelle während der Pausen, wie auf dem Betriebswege und durch Hausagitation, damit alle im Baugewerbe schäftigen Kollegen dem Centralverband christlicher Bauarbeiter und Bauhofsarbeiter zugeführt werden.

### Bezirk Paderborn.

Bielefeld (Zimmerer). Da bisher für die Zimmerer der Bezirk nicht die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht tariflich geregelt waren, so war es der dringende Wunsch der Zimmerer, daß ein Tarifvertrag bestellt. Das Schiedsgericht in Bielefeld entschied, daß den Zimmermeistern, welche zum rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gehören, am 1. Januar 1909 die Tarifverträge übertragen werden, welche von der Tarifkommission ausgearbeitet war. In der Vertragsform der Arbeitgeber war ein Stundenlohn von 42 Pf. festgelegt, während



beiterselbstarbeiten überwiesen. In einigen Fällen, wo die Rente einzogen werden sollte, wurde beweist, daß dieselbe weitergewährt wird. In einem Fall wurden nachträglich 90 % Renteneinzelzahlung bezahlt. In verschiedenen Gemeindekranenklassen ist es anscheinlich üblich, daß das bei Unfällen auf Grund des § 12 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes ab 20. Tag nach dem Eintritt des Unfalls zu erhöhte Abzweigeld nicht gewährt wird. Sobald uns ein solcher Fall bekannt wurde, wandten wir uns an die betr. Gemeindekranenkasse. Diese zahlte es immer „einzelzahlbar“ heraus.

Die Lohnbewegungen waren, wie schon erwähnt, ziemlich zahlreich. In 11 verschiedenen Orten wurden 13 Lohnbewegungen geführt. In 7 Fällen kam es zum Streik, 2 davon verließen erfolglos.

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Erfolge bei den Lohnbewegungen in den einzelnen Orten:

Name der Verwaltungs- oder Bahnhofsstelle	Beruf	Durchschnittszeitraum	Der Lohn stand vor/nach der Bewegung	Der Vertrag läuft	Der Lohn steht vor/nach der Bewegung	Die Lohnbewegung wurde allein oder mit anderen Organisationen gemeinsam geführt	Die Tarifregelung erfolgte „friedlich“ oder mit Kampf	Die Lohnerhöhung beträgt pro Stunde im Jahre 1907			
								Monat	Jahr	Monat	Jahr
1. Bilesbürg	M.	98	24	28/25. 2. 07	31. 3. 08	28	allein	10,6	4	40	96
2. Regensburg	B.	19	24	28/25. 2. 07	31. 3. 08	28	"	16,8	4	40	96
3. Donaustauf	B.	14	18—20	24/25. 2. 07	31. 3. 08	24	gemeinsam	20,0	4	40	96
4. Erding	M.	3	35	38	4. 07	1. 7. 08	42	"	8,5	3	30
5. Rempert	M.	6	33	36	10. 4. 07	1. 7. 08	40	gemeinsam	9,1	3	30
6. Dillingen	M.	11	32	36	10. 4. 07	1. 7. 08	40	allein	12,5	4	40
7. Dauingen	M.	13	32	38	24. 07	1. 8. 09	38	friedlich	18,7	6	60
8. Kaufbeuren	M.	8	41	42	7. 5. 07	1. 5. 08	42	nach eintägigem Streik	2,2	1	10
9. Simbach	M.	56	32	37	10. 5. 07	31. 3. 08	37	friedlich	15,2	5	50
	M.	21	24	27	10. 5. 07	31. 3. 08	27	nach dreitägigem Streik	12,5	3	30
	M.	18	30	34	15. 6. 07	31. 3. 08	34	nach zweitägigem Streik	13,3	4	40
	M.	34	30	34	—	—	friedlich	8,0	2	20	48
	M.	15	25	27	—	—	nach fünfäigigem Streik	24,1	7	70	168
	M.	21	29	36	19. 9. 07	31. 3. 09	38	mit anderen Organisationen	7,9	3	30
	M.	4	38	41	6. 7. 07	1. 3. 10	46	allein	3,1	1	10
	B.	8	32	33	6. 7. 07	1. 3. 10	37	"	14,3	4	40
	B.	15	28	32	—	—	"	"	"	"	"
			durchschnittl.	302	29,9	33,6					

Über den Verlauf der einzelnen Lohnbewegungen wurde während des Berichtsjahres eingehend berichtet. Es genügt daher, einige erwähnenswerte Vorgänge während derselben kurz zur Kenntnis zu bringen.

In Kaufbeuren wollten uns die „Genossen“ bei dem Tarifabschluß ignorieren. Über dieser Plan wurde von uns durchkreuzt.

In Simbach glaubte ein Unternehmer bei Einleitung der Arbeitssniederlegung die „Gewalt“ zu bejagen, daß dem Bezirksleiter Stadtverordnete zukäme. Als ihm durch eine kleine Nachzettelung klar wurde, daß sich sein „Gutein“ als falsch erwiesen habe, hielt er es für angebracht, während der Einigungsverhandlungen unter dem Vorzeige des Bürgermeisters, den Bezirksleiter in gleicher Weise persönlich zu verunglimpfen. Dafür musste sich der betreffende Unternehmer vor Gericht verantworten. Er wurde zu 10. % Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

In Eichstätt waren bei Beendigung der Arbeitsniederlegung alle Kollegen einstimmig von dem Gedanken besetzt, es darf keiner jahrmittäglich werden. Jedoch nach wenigen Wochen war das Gegenteil zu sehen. Täglich mehrten sich die Abtrünnigen. Und so war das Schicksal bestiegt: „Selbstlose Aufnahme der Arbeit“. Aber die Wirkung war doch nicht umsonst, die Unternehmer erhöhten nachher die Löhne „freiwillig“.

Die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter ist eine nach den Bezirken verschiedene, eine gute ist sie im allgemeinen nicht zu nennen. Der seit Jahren bestehenden Tendenz aller wichtigeren

Verbrauchsgegenstände stehen noch vielsach niedrige Löhne gegenüber. Von einer Besserung der Lebenshaltung kann auch da, wo in den letzten Jahren Lohnerschöpfungen eingesetzt, in den meisten Fällen keine Rede sein, höchstens von einem Ausgleich gegenüber früher.

Nach den Berichten der Bayerischen Baugewerkschaftsgenossenschaft betrug der durchschnittliche Jahresverdienst eines bayerischen Bauarbeiters in den Jahren:

1903 bei einem Volljahr 930,22 M., bei einem durchschr. Arb. 684,20 M.  
1904 " 924,25 " 677,88  
1905 " 939,85 " 688,20  
1906 " 1076,75 " 789,50

Für 1907 liegen noch keine amtlichen Berichte vor.

Nach vorstehender Zusammenstellung ist im allgemeinen eine Erhöhung des Einkommens zu erkennen. Nebenbei da, wo eine Arbeiterorganisation noch nicht bestehend eingegriffen hat, wird das Mehrinkommen zwischen 1903 und 1906 von 146,53 M bzw. 105,30 % = rund 15 Prozent nicht als vorhanden zu gelten haben.

Die Einstände der Unternehmer, in Provinzstädten und auf dem flachen Lande bei Lohnbewegungen: „unsere Arbeiter brauchen keine so hohen Löhne, hier sind die Lebensmittel bedeutend „billiger“ als in den Großstädten“, werden am besten durch Vergleich der amtlichen Befunde aus einigen größeren Städten und des Durchschnittes vom ganzen Königreich illustriert.

#### Durchschnittspreise der wichtigsten Verbrauchsgegenstände.

a) In einigen größeren Städten in Südbayern 1907 und 1905

b) Im Königreich Bayern 1906 u. 1897

Gegenstand	Preise in Pfennigen:								Recht ober weniger innerhalb der 10 Jahre 1906—1897						
	München	Rosenheim	Landshut	Regensburg	Augsburg	1907	1906	1905	1906	1905	Pf.   Prozent				
Preise in Pfennigen:															
Roggenbrot . . . . .	1/2 kg	16	14	14	16	16	15	15	17	17	14	14	13	+ 1	+ 7,7
Brötzbrot . . . . .	" "	16	28	28	23	23	20	20	23	23	23	23	21	+ 2	+ 9,5
Roggenmehl, gew. . . . .	" "	18	15	15	14	13	13	13	12	12	14	12	13	+ 1	+ 7,7
Weizengemehl . . . . .	" "	18	19	19	18	18	18	18	10	10	18	18	17	+ 1	-
Hummelteig . . . . .	" "	65	72	66	57	57	63	59	76	70	64	70	66	+ 14	+ 25,0
Käufleisteig . . . . .	" "	78	79	74	63	79	78	71	78	72	79	75	72	+ 16	+ 26,2
Dögenleisteig . . . . .	" "	93	80	74	77	75	80	73	83	78	82	78	79	+ 12	+ 17,9
Schweineleisteig . . . . .	" "	79	89	86	86	81	83	77	90	82	87	82	83	+ 17	+ 25,7
Butter . . . . .	" "	124	108	106	113	113	120	115	118	105	116	98	108	+ 12	+ 12,4
Schmalz . . . . .	" "	116	115	110	122	117	108	104	118	115	118	112	110	+ 10	+ 10,0
Margarine . . . . .	" "	75	70	70	65	65	75	80	80	77	73	73	68	+ 7	+ 10,6
Kartoffeln . . . . .	50 kg	312	255	322	314	319	251	287	206	327	353	448	277	+ 19	+ 6,4
Milch . . . . .	" "	20	20	20	15	14	16	18	17	18	16	17	17	+ 1	+ 8,2
Butenhölz . . . . .	" "	1005	989	969	850	850	1000	992	970	972	1123	1127	1032	+ 101	+ 10,8
Steinföhlen . . . . .	" "	50 kg	140	135	140	140	140	130	141	140	150	151	138	+ 16	+ 13,1
Eier um 1 M. . . . .	" "	Stück	15	16	17	16	18	19	18	18	16	16	18	+ 3	+ 26,4
														+ 13,5	

Sie aus vorstehender Zusammenstellung erziehtlich, sind sämtliche angeführte Verbrauchsgegenstände während der Jahre 1897 bis 1906 im durchschnittlich 13,5 Prozent gestiegen.

Wiederholte Errscheinungen sind auf dem Gebiete der Lohnverhältnisse zu beobachten. Ein völlig klares Bild hierüber wird aber erst dann zu gewinnen sein, wenn die seit 1. Dezember 1906 errichtete Königliche Zentralwohnanstalt in den einzelnen Gebieten einwandfreie Wohnungsmaut durchgeführt hat. Zu den München hörte schon einwandfreies Material von der jüngst abgeschlossenen Wohnungsgerichtszeit liegt, so seien einige Daten hierzu erwähnt: In München sind rund 35 000 Wohnungen, oder 25 Prozent sämtlicher Wohnungen, Teilwohnungen. (Sie sind Vermietungen von Wohnungseigentümern, wo sich zwei bis fünf Familien in eine Wohnung teilen.) Dieses Bild, „Wohnungselend“, wird um so düsterer, wenn dabei in Betracht gezogen wird, daß von den zweizimmerigen Wohnungen, welche die übliche Wohnform der Arbeiter bilden, 49 Prozent über haben die Salzburger, nur Teilwohnungen sind. Im südlichen Haidhausen (Vorstadt von München) sind sogar 73 Prozent oder fast drei Viertel aller zweizimmerigen Wohnungen, Teilwohnungen. Sie es bei diesen Zuständen mit den fiktiven, hygienischen und sozialen Anforderungen bestellt ist, ist nicht schwer zu erraten. Zu diesen Wohnungsbedarf stellt sich eine Wohnungsnot. Die sich hieraus resultierende Folgerung ist eine wesent

in der Lage ist, Bauarbeiten auszuführen zu lassen, und so dadurch die Bauarbeiter eher Arbeit in ihrem Berufe finden, als in früherer Zeit. Noch sind Anzeichen einer besseren Konjunktur im Bezug nicht zu beobachten, beläuft das Gegenteil ist der Fall. Wohl stehen eine große Zahl öffentlicher Bauten für die nächsten Monate in Aussicht, so dass zu hoffen ist, dass bald wieder bessere Verhältnisse eintreten.

Die überaus schlechte Konjunktur und die Erhebung des Extrabeitrages blieb nicht ohne Wirkung auf die Folge der Organisation, dergleichen durch die Leitung von Lohnbewegungen im Frühjahr, wodurch die Agitationsträger festgestellt haben. Im Frankfurter und Fuldaer Gebiet bedurfte es großer Anstrengung, das Bestehende zu erhalten. Es ist naturnah, dass wo Befreiung angehört, diesen auch die Agitation in ihrem begrenzten Gebiet zufällt. So bearbeitet der Kollege Schleicher das Frankfurter Gebiet bis hinauf nach Fulda, und Kollege Hillebrand in Siegen, das Siegerland und zum Teil den Westerwald und die Koblenzer Gegend. Aber auch die Kollegen Blümemann, Nortmann und Gundlach in Kassel haben nach Kräften in Warburg dem westfälischen Teile des Bezirkes und im Westerwald nicht ohne Erfolg gearbeitet. In Fulda musste die Stelle des Losfallbeamten aufgehoben werden, weil die Unkosten bei der schlechten Konjunktur von den wenig beschäftigten Kollegen nicht ausgebracht werden konnten.

Eine Übersicht über die Mitgliederbewegung gibt folgende Aufstellung: 1903: 423 Mitglieder, 1904: 1022 Mitglieder,

1905: 1701 Mitglieder, 1906: 2473 Mitglieder in 18 Verwaltungsstellen, 1907: 2887 Mitglieder in 28 Verwaltungsstellen mit 83 Zahlstellen. Die größte Verwaltungsstelle ist Frankfurt mit 30 Zahlstellen und 827 Mitgliedern gegen 803 Mitglieder im Vorjahr mit derselben Zahl von Ortsgruppen. Die zweitgrößte Verwaltungsstelle ist Siegen mit 704 Mitgliedern in 23 Zahlstellen gegen 619 Mitglieder in 21 Zahlstellen im vorigen Jahre. Diesen folgt Kassel mit 390 und Fulda mit 227 Mitgliedern. Ge nannte Verwaltungsstellen sind zentralisiert, Kassel erst seit dem zweiten Halbjahr 1907. Die übrigen Verwaltungsstellen bestehen für sich. Dieses Jahr sind abermals drei zentralisierte Verwaltungsstellen eingerichtet worden. Der Mitgliederzuwachs beträgt also 364, und können wir damit unter den gegebenen Verhältnissen zufrieden sein. Der Erfolg könnte aber größer sein, wenn der Organisationsgedanke tiefer in jedes Kollegen Herz gebrochen wäre. Wie wäre es sonst möglich, dass 1648 Mitglieder aufgenommen und nur 364 als Zuwachs zu verzeichnen sind. Viele Kollegen betrachten die Organisation nur dann für notwendig, wenn Lohnverhältnisse eingetreten sollen und dann dieses möglichst sofort. Geschieht dieses nicht, so treten sie wieder aus. Ein großer Teil der Kollegen hat noch nicht den Gedanken erfasst, dass die Organisation neben den wirtschaftlichen, durch hohe Ideale Zielen hat, die ebenso schwer, manchmal noch schwerer zu erkämpfen sind, als ein höherer Lohn oder längere Arbeitszeit. Die Gewerkschaft soll eine Kulturbewegung sein, die den ganzen Menschen erfasst, ihn hebt, bildet, verfeinert. Wer hätte wohl dieses mehr notwendig als der Arbeiter? Besonders die Bauarbeiter, deren Beruf schon danach angetan ist, sie kulturell herabgesetzt. Der Opferwill ist bei vielen Kollegen nicht genügend vorhanden, ob materiell oder ideell. Wenige sind es, die freiwillig ein Opfer bringen wollen. Große Unstädte erfordert es sehr oft, Kollegen zur Übernahme eines Amtes zu bewegen, gleichviel ob im Vorstand, oder als Vertrauensmann bzw. Hauskassierer. Man zahlt wohl eventuell seine Beiträge, will aber sonst mit der Sache nichts zu tun haben. Es gibt sogar Kollegen, welche ständig solche Aemter auf die unfähigen Schultern abzusacken suchen. Durch solche Umstände ist es auch denkbar, dass die Geschäftsführung bei vielen Verwaltungen bzw. Zahlstellen sehr mangelhaft ist. So z. B. sind die von der Bezirksleitung dargestellten herausgegebenen Fragebogen zum Vierteljahresbericht von den wenigsten Vorständen zurückgedrängt worden. Die Bezirksleitung ist dadurch ohne jede Übersicht geblieben. Die Bezahlung der Beiträge muss plakativer geschehen, dergleichen müssen auch die Kassierer plakativer ihre Abrechnungen machen. Die Extrabeiträge wurden soziatisch gut in den größeren und älteren Verwaltungsstellen bezahlt, dagegen aber in den kleinen Zahlstellen in den ländlichen Bezirken sehr mangelhaft und zum Teil gar nicht. Dasselbe trifft zu bei dem Bezirksbeitrag (Schlußmarke zu 50 Pf.), die am Schluss des Jahres gelebt werden soll. Viele der Kollegen und sogar Vorstände sind der Ansicht, dass die Extrabeiträge und Bezirksbeitrag nicht zahlen brauchen, und doch dieselben Ansprüche an den Verband haben. Tiefe irren sich. Es wird bei Auszahlung von Unterstützungen rücksichtslos sämtlicher fehlender Extra- und Bezirksbeitrag in Abzug gebracht. Ein bezug auf den Bezirksbeitrag wird auf den § 8e unseres Statuts außerordentlich gemacht, wonach Bezirkssouveränität für jedes im Bezirk beschäftigte Mitglied bindende Beschlüsse fassen kann. Jedes Mitglied ist also verpflichtet, diesen Beschlüssen nachzukommen.

Lohnbewegungen sind geführt worden 14 mit 789 Mitgliedern in 38 Orten. Seitens unseres Verbandes sind allein geführt 11 und 3 mit den „Freien“ gemeinsam. Davon wurden bei 10 bedeutende Erfolge erreicht. Beiträge wurden 8 geschlossen (2 davon mit den „Freien“ gemeinsam), 4 davon sind Bezirksverträge und sind 4 für Mäurer und je 2 für Zimmerer und Stukkaturen. Zu Arbeitseinstellungen kam es in Borsig (Mäurer), Koblenz (Bimmerer), Kassel (Stukkaturen) (mit dem Centralverband gemeinsam), Warburg (Mäurer), Eichendorf (Steinarbeiter) und Argenthal (Bimmerer). In Borsig, Eichendorf und Argenthal nutzten die Bewegungen nach mehrjähriger Rauer ohne Erfolg abgebrochen werden.

Zu einem achtjährigen Kampfe, der mit durchschlagendem Erfolg endigte, kam es in Warburg (Westf.), in welchem sich die Kollegen, bis auf wenige unchristliche Ausnahmen, bis zum Schluss tapfer hielten. Besonders war es dabei, dass unsere Freunde (?) Brüder auch hier wieder, wo die Christlichen allein im Kampf standen, ihnen mit 52 Mann als Streitbrecher auf den Hals kamen, und zwar zumeist aus Orien, wo sie selbst im Streitlagen, wie Erfurt usw. Diese Leute drohten, die Arbeit anzunehmen, wenn ihnen nicht Reisegeld (bis zu 5 M.) gezahlt würde. Um uns solche Leute vom Halse zu halten, wurde ihnen auch das Reisegeld gewährt.

In Eichendorf haben sich die Kollegen ihre Niedel Lage selbst zu beschreiben. Denen ging es so, wie ungefähr den Berliner Mäuerern, die mit einer kleinen Lohnverhöhung im Frieden nicht aufenden sein wollten. Es wurde den Leuten im Durchschnitt 60 Pf. Lohnverhöhung auf den Tag gegeben, sie lehnten es aber ab und ließen sich nicht von einem Streik abhalten. Fakt haben sie nichts erreicht und müssen ohne einen Vertrag arbeiten. Nunmehr traten sie aus dem Verbande aus. Diese Kollegen sind nicht zu bedauern, aber um das Geld ist es schade, das für sie an Unterstützung gezahlt wurde. Auch hier waren es 21 zielbekämpfte Genossen, welche am 1. Mai feierten und am 2. Mai die Arbeit als Streitbrecher aufnahmen und sich rühmten, jetzt organisiert zu sein. In Argenthal waren die Kollegen noch nicht reif zur Organisation. Dieses wussten die Unternehmer und führten den Kampf mit uns weniger um der Lohnverhöhung, als um der Beträchtung der Organisation selber, was ihnen auch gelungen ist. In Salzhölzle wollten die Unternehmer von einer Verhandlung absolut nichts wissen, und antwortete ein Unternehmer auf ein Schreiben des Bezirksleiters schriftlich, wenn er noch weiter mit Briefen belästigt würde, er sich mit diesen den... wischen werde.“ Aus diesem Schreiben spricht Bildung, nur nicht solche, die wir unseren Kollegen empfehlen können. Diese Herren mussten sich aber doch bequemen, mit uns zu verhandeln. Ihr unhöfliches Verhalten wurde ihnen dann vom Herrn Landrat in Fulda, der die Verhandlungen leitete, vorgehalten. Sie sahen dabei da, wie ein begossener Pudel. Es kam dann auf einen schönen Vertrag ohne Arbeitsauftrag,

lung, mit einer Lohnverhöhung bis zu 8 Pf. innerhalb zweier Jahre und 1 Stunde Verkürzung der Arbeitszeit.

In Koblenz war es der „prinzipientreue“ Bimmerer-Verband, der wohl von unseren Kollegen es gerne sah, dass sie die Arbeit mit ihnen gemeinsam niedersetzten, als es aber zur Verhandlung kam, hatte dieser in einer Versammlung beschlossen, überhaupt nicht zu verhandeln, wenn Vertreter des christlichen Verbandes teilnehmen. Dadurch wurde der Kampf um fast 11 Tage verlängert, und zum Schluss mussten die „prinzipientreuen“ Bimmerer ihre Prinzipien an den Nagel hängen und mit uns gemeinsam einen Vertrag schließen. Die Kollegen mussten aber diese „Prinzipienlosigkeit“ mit der Verlängerung des Streites büßen.

Das aber auch im kleinsten Ort Verträge geschlossen werden können, beweist uns Niederdorf, ein Dorf mit etwa 500 Einwohnern. Dort kam es im September nach längerer Verhandlung zu einem Vertrag mit 5 Pf. Lohnverhöhung und einer Stunde Verkürzung der Arbeitszeit, so dass jetzt 36 Pf. Lohn gezahlt wird, wogegen in dem nahen Ennigerloch der Stundenlohn auf 38 Pf. bei 1½ stündiger Arbeitszeit steht. Wir wollen aber auch bemerken, dass dort die Kollegen gut organisiert sind. Möchten sich dies alle Kollegen merken, besonders die, welche meinen, auf dem Lande hat die Organisation keinen Zweck, oder es könnte doch nichts erreicht werden. Auf die übrigen Bewegungen wollen wir nicht eingehen.

Wenden wir uns der praktischen Seite zu. Was ist für die Kollegen bei den Lohnbewegungen erreicht worden, und zwar an Lohnverhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit.

Für 35 Kollegen 2 Pf. Lohnverhöhung u. 1/2 Std. Arbeitszeitverl.

208	3	1/2
" 80	4	1/2-1
" 203	5	1/2-1
" 84	7	1
" 8	8	-
" 13	10	-

Erfreulich ist, dass die meisten Lohnbewegungen im Frieden erledigt wurden, wo dieses nicht der Fall gewesen, lag es nicht an uns, sondern auf der anderen Seite.

Über die Inanspruchnahme der Tarifverträge ist zu berichten, dass die Unternehmer in Siegen sich durchaus nicht begnügen wollten, die 10½ stündige Arbeitszeit einzuführen. Bei der grossen Zahl der noch indifferenter Kollegen nahmen sie diese in Arbeit, welche dann bis zu 12 Stunden arbeiten, aber auch sogar Mitglieder des Centralverbandes, welche von Berlin kamen, scheuteten sich nicht, 11 Stunden und 2 Pf. billiger die Stunde zu arbeiten. In Berlin streift man um die 8 stündige Arbeitszeit und in der Provinz gehen diese Elemente hin und arbeiten unter dem Tarif. Alles Einreden auf diese Elemente nützt nichts, sie arbeiten so weiter, bis sie wieder in die Heimat dampfen.

Im Kreis Altenkirchen konnten sich die Arbeitgeber, aber auch die Kollegen, schlecht an geordnete Verhältnisse gewöhnen. Zur Entschuldigung unserer Kollegen müssen wir sagen, dass es hier auch wieder die Unorganisierten waren, die zuerst den Unternehmern zu Diensten standen, und unsere Kollegen dann gezwungen wurden, dasselbe zu tun. Dieses konnte aber nicht so weit kommen, wenn die Kollegen feststanden hätten und die Indifferenter mehr zu organisieren suchten. Der Kollege Hillebrand musste wiederholt die Unternehmer auf die Vertragsbestimmungen aufmerksam machen.

In Marburg führten die Unternehmer die Löhne um ein Bedeutendes, weil die Kollegen ebenfalls lau wurden. Erst in diesem Frühjahr konnte der Lohn auf die alte Höhe gebracht werden.

Die wirtschaftliche Lage der Kollegen ist keine günstige, wohl mag sich dieselbe gegen vor 10 Jahren um etwas gehoben haben, aber von bestrebenden Zuständen kann nicht gesprochen werden. In keinem anderen Bezirk haben die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten eine gleiche Höhe erreicht, wie in Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Mainz, Ennigerloch und im gesamten Rheingau bis Koblenz hinunter. Das sind die Orte, wo die „oberen Zehntausend“ in Luxus und allen erdenklichen Lebensgenüssen ihre Zeit verbringen, und dadurch alles, was zum Leben notwendig ist, in die Höhe treiben. Die Arbeiter aber müssen dieselben Preise bezahlen, trotz ihrer allgemein bekannten niedrigen Löhne, gegenüber denen in Nord- und Westdeutschland, Berlin, Leipzig, Dresden usw. Es erhalten z. B. die Mäurer in Frankfurt einen Stundenlohn von 54 Pf., in Wiesbaden dagegen nur 48 Pf., dergleichen in Offenbach a. M. und den beiden Industriestädten Höchst und Friedheim a. M. In Darmstadt sogar nur 46 Pf. und in Friedberg, Bad Nauheim 42 Pf. Bad Ennigerloch schlägt den Record an schlechten Löhnen. Es werden 28-33 Pf. gezahlt, bei einer Arbeitszeit bis zu 12 Stunden und darüber hinaus. Den Kollegen in Ennigerloch kommt der Lohn aber hoch genug zu sein, um den nötigen Alkohol sich dafür zu beschaffen, und brauchen daher keine Organisation. Ueberlich ist es in Fulda, oder wie die Kollegen sagen, „Fulda-Land“. Tausende Kollegen wandern im Frühjahr nach Frankfurt, Westfalen und dem Rheinland, und kommen erst Weihnachten zu ihrer Familie zurück, weil mit den in ihrer Heimat gezahlten Löhnen nicht auskommen ist. Löhne von 30-40 Pf. die Stunde, in Fulda selbst nur 39 Pf., können nicht genügen, um eine Familie mit fünf Kindern und weit darüber hinaus, ehrlich durch die Welt zu bringen. Bei diesem Abwanderungswege muss das Familienselbst schwer leben. Einiges besser ist es mit den Kollegen, die jeden Sonntag zu ihrer Familie fahren können. In Frankfurt sind es die aus der Fuldaer- und hessischen Gegend kommenden Kollegen. In Siegen die Eichsfelder und im Siegerland die aus dem Westerwald, dem Hessen-Nassauischen und dem Kreis Wiedenbrück. Unter diesem Abwanderungsverhältnis hat aber auch die Organisation schwer zu leiden.

Geistige Fortschritte sind wenig wahrzunehmen, mit rühmlichen Ausnahmen einiger Kollegen. Versammlungen zu besuchen, kostet zu viel Geld, wenn sich der Kollege auch nur ein Glas Bier leistet. Bei den niedrigen Löhnen und der doppelten Haushaltung muss mit jedem Groschen gerechnet werden. So kommen die wenigsten Kollegen in der Woche in die Versammlungen, und des Sonntags hat jeder verheiratete Kollege in seiner Behausung etwas zu tun und ist erst recht nicht zur Versammlung zu haben. Die unverheirateten Kollegen, mit leider viele der Verheirateten sogar, haben Zeit, jeden Sonntag und Feiertag alle möglichen Feste zu besuchen, wie Kirchweihen, Sänger, Ruhm, Radfahrer, Turner und Rauchklubfesten beizuhören, aber keine Versammlung. Hat kein Sonntag in freier Zeit eine Versammlung. Besonders stark ist dieses Verhältnis rechts und links des Rheines. Wir könnten den Kollegen gern ein Vergnügen, wenn sie dabei nur ihre Standesinteressen verwandschaftigen. Letzteres ist aber heute bestimmt der Fall. Diese schlechten Lohnverhältnisse könnten gar nicht bestehen, wenn die Kollegen sich mehr für die Organisation und deren Streben interessierten. Das Leibbedürfnis ist ebenfalls schwach. Wenn der Besuch von Bibliotheken, Lesesaal und sonstigen Volksbildungsvorführungen, wie Theater usw. Alles dieses wird den Kollegen ungernthaltig, oder für geringes Geld, seitens des Verbandes oder anderer Korporationen geboten, aber wenig benutzt. Dieses hängt ebenfalls hauptsächlich mit dem schlechten Verdienst und der grossen Vereinsmeierei und deren Vergnügungsruh zusammen. Ein eindrücklicher Fortschritt ist wahrscheinlich bei der Betätigung in den konfessionellen Vereinen, bei den öffentlichen politischen und sozialen Räumen, obwohl es auch hier in dieser Beziehung noch viel besser werden muss. Das ist nicht von der breitflächigen Ausbildung zu sagen. Dagegen werden die Unterrichtsstunden seitens unserer Kollegen mangelfhaft besucht.

Die Arbeitgeberverbände haben sich an Zahl, Umfang und Bedeutung in erheblichem Maße vermehrt. Besonders ist es der Mitteldeutsche Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe mit dem Sitz in Frankfurt a. M., welcher die führende Rolle hat, und diesen Vorsitzender Baumelte Lüdke einer der gewidesten Führer unter allen Arbeitgeberverbänden ist. Dieser soll auch der Vater des Gedankens gewesen sein, zunächst erst mal sämtliche Verträge zu einem bestimmten Datum ablaufen zu lassen, mit allem was damit zusammenhängt. Diesen Verbände gehören 30 Unterverbände mit 871 Mitgliedern an, von denen der stärkste, der im Stadtbezirk Frankfurt mit 133 Mitgliedern ist. Er erstreckt sich von Mainz-Ludwigshafen bis Kassel, und schliesslich das Fürstentum Waldeck ein. Den Westdeutschen Arbeitgeberverband gehörten 68 Arbeitgeber an, also fast alle, die dort sind. Wo sind aber die organisierten Arbeiter? Ueberlich ist es im Rheingau. Dem Arbeitgeberbund gehörten dort 26 Unternehmer an. Der Arbeitgeber-Verbandigung der Kreise Homburg, Traben und Biegenhausen (Bezirk Kassel) gehören 39 Mitglieder an, dergleichen ist es im Dillkreis, wo 37 Unternehmer organisiert sind. In Wiesbaden sind sämtliche Unternehmer, 11 an der Zahl, dem Arbeitgeberbund angegeschlossen, und die Kollegen sind nicht zu einem Bündnis organisiert. Möchten die Kollegen aus diesen angegeschlossenen Zahlen entnehmen, wie ernst die Lage für sie ist, und sie basit eintreten müssen, die Kollegen bis zum letzten Mann der Organisation zuzustimmen. In Siegen hat sich der Arbeitgeberbund dem Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberbund angegeschlossen. Dergleichen haben sich die Lokalverbände der Unternehmer in den thüringischen Städten zu einem Verbande zusammengeschlossen mit dem Sitz in Eisenach. Zu diesem Verbande gehören die Unterverbände von Apolda, Coburg, Eisenach, Erfurt, Gotha, Hildburghausen, Jen, Glüsen, Kahla, Langensalza, Meiningen, Mühlhausen i. Th., Ohrdruf, Salzungen, Schmalcalden, Sonneberg i. Th., Suhl, Trambach-Georgenthal, Waltershausen i. T., Weimar, Weisenbach i. Th., und Helds Saalfeld i. Th. mit 830 Mitgliedern an. Außer diesen genannten, dem Arbeitgeberbund angegeschlossenen großen Bezirksverbänden, bestehen noch eine Menge Lokalverbände im Bezirk, z. B. in Bebra, Koblenz, Frankfurt a. M. (Vereinigte angewerbliche Spezialgeschäfte), Höhr, Limburg a. d. Lahn und die Frei- wirtschaftliche Vereinigung der Bauunternehmer des Kreises Altenkirchen. Ueberlich sind diese nicht lassen die Unternehmer in Fulda, welche keine ständige Organisation haben, sofern aber Lohnbewegungen eintreten, sind diese Herren sofort zu einer festgeschlossenen Organisation zusammen mit einem regelrechten Vorstand. Aller Zank und Streit untereinander, der sonst gerade bei diesen Herren vorhanden ist, ist dann verschwunden, und die Parole heißt dann nur: keine Interessen und Berichtigung der Organisation. Macht doch unser Verband schon zweimal lange und schwierige Kämpfe dort führen. Die Kollegen kommen aber aus ihrem Schlaf nicht heraus!

Der Verkehr mit den Arbeitgeberverbänden beschränkt sich eben nur auf das allernotwendigste und weitet sich in den üblichen geschäftlichen Grenzen ab.

Das Verhältnis zu den sozialistischen Organisationen ist ein erträgliches. Es werden uns nicht mehr wie früher die Versammlungen durch sogenannte Spionenkolonnen unmöglich gemacht. Im Gegenteil, man scheint absichtlich jetzt unsere Versammlungen zu meiden. Wohl eine Folge dessen, weil immer diese Geister am schlechtesten abgeschnitten haben. So haben wir keinen Grund, jemanden anzuregen, der uns in Frieden lässt. Die Neutralitätsphrasen wird aber immer noch angewandt, trotzdem Bömelburg schon zweimal öffentlich auf Kongressen erklärt hat, dass freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie eins sind, und der „Grundstein“ in Nr. 3 von 1907 nicht den anderen Gewerkschaftsblättern der baugewerblichen Verbände sozialdemokratische Wahlaufrufe usw. erlassen haben. Dieses Verfahren wird eben angewandt, wo die Arbeiter eine politische und religiöse Ausbildung nicht genügend beitreten. Besonders ist es die Gegend um Koblenz herum, wo Genoße Pfeiffer sein Ziel aufgeschlagen hat und mit der Neutralität der freien Gewerkschaften austreten geht. Wir müssen gestehen, sogar mit großem Erfolg. Wie kann es aber auch anders sein. Die ganze Gegend um Koblenz herum gehört der Berliner Richtung an (Fachabteilungen), wo bei einer Gelegenheit ein Geistlicher seinen Arbeitervereins-Mitgliedern gesagt hat, bevor sie sich an die christlichen Gewerkschaften anschließen, es besser, sie gehen zu den „Freien“. Statt die Arbeiter über die Unterschiede der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen aufzuklären, versieht man uns und geht im Paz gegen die christlichen Gewerkschaften so weit, dass man die „freien“ Gewerkschaften als das kleinere Lebel empfiehlt. Auch die politischen Parteien tun nichts um die Arbeiter aufzuklären. Politische Versammlungen werden nicht abgehalten, nur wenn eine Wahl bevorsteht, dann kommt der Herr Kandidat und stellt sich vor, redet eine Stunde über alles mögliche. Ist er dann gewählt, geht es im alten Schlesien fünf Jahre weiter, wenn nicht Umstände halber die Wahl früher stattfindet. Der gewählte Herr Abgeordneter hält es nicht für seine Pflicht, über seine Tätigkeit seinen Wählern Bericht zu erstatte und auf die Errungen im politischen Leben seine Wähler hinzuweisen. Man freut sich nur, dass der Sozialdemokrat nicht durchgetrennt ist. Wer wie lange noch wird es dauern? Wenn diese verunsicherten Herren nicht mehr für die Aufklärung der Arbeiter tun werden, dann werden andere an ihre Stelle treten. Uns als politisch-neutrale Organisation soll es gleich sein, aber uns nur dann die irregeleiteten Arbeiter teilt. Die Haltung der Behörden war nicht immer eine solche, wie sie hätte sein müssen. Wohl muss rühmend hervorgehoben werden, dass der Herr Landrat von Fulda, Springorum, und der Herr Bürgermeister in Warburg, v. Schmid, in zuvor kommendster Weise den Arbeitern entgegenkamen und durch ihre Vermittlung bei den vorhandenen Wohnungsfehlern es gelungen ist, Verträge in Salzhölzle und Warburg zu schließen. Das Gegenteil war aber bei anderen Herren der Fall die in gleicher Stellung stehen und an die wir uns gewandt hatten. Bei bedauern ist aber die Haltung der Koblenzer Handwerkskammer zu dem Streit der Bimmerer in Argenthal, zu dessen Bezirk Argenthal gehört. Die Bezirksleitung wandte sich in einem Schreiben an den Sekretär der Handwerkskammer mit dem Gefühen, Vermittlungenversuche zu machen. Nichts ist aber getan worden, nicht einmal eine schriftliche Antwort wurde der Bezirksleitung erteilt. Wie werden die Beschlüsse des Handwerkskamerges beschieden. Da beschied man in Eichsfeld v. S.: die Handwerkskammer sollen es sich angelegen sein lassen, bei Wohnstätteneigentümern vermittelnd einzutreten. Da müssen wir die Handwerkskammer in Bielefeld loben, die durch ihren Sekretär, Herrn Sachau, bei dem Warburger Streit selbst Vermittlungen anbahnt, wenn auch dieselben durch den Stadtkämmerer der Unternehmer keinen Erfolg hatten. Mehr wie bisher tunnten die Beförderten im Vertrage mit den Arbeitern tun.

Das Jahr 1907 hat den Kollegen trotz schlechter Konjunktur erhebliche Vorteile gebracht, mehr konnte aber erreicht werden, wenn jeder Kollege mitgearbeitet hätte. Mit dem Erreichten muss man sich nun zuwenden geben. Das Jahr 1908 hat mit einer allgemein schlechten Konjunktur begonnen und wenn wir im vorliegenden Jahre von einer schlechten Konjunktur sprechen, so ist dies in großerem Maße einzutreten und sind noch gar keine Auswirkungen vorhanden, dass in diesem Jahre eine Besserung eintrete. Hoffen wir aber das Beste. Wir sind der Überzeugung, wenn alle Kräfte angespannt werden, wird auch diese schwierige Zeit an der Organisation sehr Rückschläge verursachen. Wenn in Zeiten des Niederganges die Rückschläge in der Ausbildung der Kollegen nicht in der Reihe in Erfüllung gehen, so kommt die Zeit der aufsteigenden Konjunktur, wo alsdann mit neuen Kräften gearbeitet werden kann. Der

Theologismus für unsere christliche Überzeugung darf uns durch nichts, auch durch eine schlechte Konjunktur genommen werden. Kollegen allerorts arbeiten an dem Ausbau der Organisation, scheitern vor keinem Amt als Baudelegierter, als Vertrauensmann oder Hausagitator zurück. Gest mit vollem Feuerreiter an die Agitation. Zum Schluss sei hiermit allen Kollegen herzlich gedankt, die in der Agitation mitgewirkt haben. Möchten sie den Mut nicht verlieren, dieses auch fernher zu tun, auch wenn sie manchmal eine große Täuschung erlebt haben. Auf eine würdige Vergeltung ist wohl nicht zu hoffen, lasst sich aber jeder Kollege sein eigenes Gewissen sagen: Du hast nun deine Pflicht getan.

Friedrich Hasse.

## Ein Enttäuschter.

Es war wohl keiner von uns darüber erfreut, daß bei der diesjährigen Lohnbewegung eine Unzahl Orte ohne jede Lohnerhöhung innerhalb der zweijährigen Vertragsdauer verblieben. Noch unangenehmer wurde dieser Umstand für jene Orte empfunden, wo der Lohn noch auf einer sehr niedrigen Höhe und mit den tatsächlichen Bedürfnissen in gar keinem Einklang steht. Das trifft besonders für den Osten zu. Daß die Kollegen an den betr. Orten nicht davon erfreut sind, ist ohne weiteres zu verstehen und zu würdigen, auch ihre dagegen betriebene Opposition. Sie können es nicht verstehen, daß sie nun durch die Allgemeinheit genötigt werden, sich ohne weiteres mit dem bekannten Schiedsspruch abzufinden. Eine auf ihrem Ort beschränkt gebliebene Lohnbewegung hätte ihnen ja auch zweifellos mehr gebracht. Und doch ist nicht dagegen anzukommen, infolge der Entwicklung und den gegebenen tatsächlichen Verhältnissen müssen wir uns damit abfinden.

Auch in Kosten in der Provinz Posen erhielten die Kollegen, die in unserem Verbande bis auf einzelne organisiert sind, ebenfalls keine Lohnerhöhung. Der augenblickliche Stundenlohn steht auf 36 Pf. Wer will bestreiten, daß ein solcher Lohn auch im entferntesten nicht dem entspricht, was das tägliche Leben verlangt. Entbehrungen und weiteste Einschränkung in der Lebenshaltung sind die notwendige Folge. Die Kostenkollegen waren daher über den Schiedsspruch sehr empört und wahrten sich gegen dessen Annahme. Auch glaubten sie sich seitens des Zentralvorstandes vernachlässigt, da an den örtlichen Verhandlungen nicht regelmäßig ein Mitglied desselben teilnahm, was jedoch infolge der zahlreichen Verhandlungen im Frühjahr nicht möglich war. Der Zentralvorstand konnte auch nichts anderes tun, als den Kollegen zu erklären, daß der Schiedsspruch angenommen werden müsse, so leid und unangenehm ihm das auch war. Nun wohnt in Posen ein Beamter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands (sozialdemokratisch) Namens Schulz. Dieser Schulz verfiel nun auf den gewiß nicht schön zu nennenden Gedanken, die Unzufriedenheit unserer Kollegen für seine eigenen Interessen und die des sozialen Maurerverbandes auszunutzen. Er herauzte zu diesem Zweck in Kosten am 14. Juni eine Versammlung an, und zwar in unserem Verbandslokale, dessen Saal er für 8 M mietete. Er fuhr dann an dem betr. Tage gen Kosten, als Begleiter nahm er einen russischen Sozialdemokraten jüdischer Herkunft Namens Draba mit, der der politischen Sprache mächtig ist. Soweit war alles gut.

Nun fand an befagtem Tage auch eine Versammlung unseres Verbandes in Kosten statt, die sich noch einmal mit dem getätigten Vertragsabschluß befaßte, und zu der Kollege Schmidt-Berlin erschien war. Die Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf. Es war dem Kollegen Schmidt nicht möglich zu reden, die Erregung unserer Kollegen ließ es einfach nicht zu. Das ist gewiß zu bedauern und kann auch nicht entchuldigt werden. Erst dem Kollegen Kowalzik-Posen war es möglich, die Kollegen zu beruhigen. Wer hatte nun aber an diesen bedauerlichen Vorgängen eine unbedingte Freude? Das war der rote Schulz aus Posen. Er ging drinnen von einem Fenster des Saales zum andern und beobachtete die Vorgänge im Innern, heller Freuden scheine lag auf seinem Gesicht. Er dachte mindestens, hier gibt es heute etwas Uidentisches zu erben. Er berechnete jedesfalls schon seinen Erfolg, arbeitete vielleicht auch schon an einem Bericht für die rote Presse des Inhalts: Der Mitgliedschwund der Christlichen im Osten und daß jetzt ganze Zahlstellen der Christlichen zum roten Paradies überschwenken. Also Schulz freute sich unbedingt und sind wir ihm darob nicht gram. Wir befürchten nur, daß der nachfolgende Arger die gute Wirkung der Freude auf Schulzes körperliches Wohlbefinden wieder gründlich zerstört hat.

Nachdem die Versammlung unseres Verbandes beendigt war, trat Genosse Schulz stolz wie ein Spanier, in freudiger Erwartung der kommenden Dinge in den Saal. Kollege Schmidt und Kowalzik verließen denselben, unsere Kollegen dagegen blieben zurück. Genosse Schulz eröffnete die Versammlung und begann mit seinem Bericht. Er kam aber nicht weit, denn nach einigen Minuten rührte er seinen Speer einstiller. Da die Erregung der Kollegen, auf deren Ursache wir später kommen, das nicht zuließ. Nun meinte Schulz, unsere Kollegen wollten die Ausführungen in polnischer Sprache hören. Gefällig, wie er nun einmal ist, meinte er, auch dafür habe er gesorgt und habe einen polnischen Redner mitgebracht. Darauf erhob er dem russischen Juden das Wort. Derselbe begann: "Schönwörter Polen!" (Geehrte Kollegen.) Nach diesen Worten entstand plötzlich ein riesiger Zumb. Die Kollegen drängten nach dem Vorstandstisch, mit dem Schulz und der Jude umjagt an die Wand laufen. Plötzlich sah man den Juden unter den Kollegen hindurchschlüpfen, seinen Hut erklappen und im schnellsten Zuge über den Marktplatz jagen, als wäre der Teufel hinter ihm. Schulz stöhnte über den Hasslust in das Gaup Zimmer und sah unter der Theke Geduld. Auch war er noch anderen Jagdien ausgezeigt. Auf dem Bahnhof sah er sich mit schweren polnischen Jaden wieder. Daß das wiedersehen sich aber gewünschten Gefühlen vollzog und nicht jüngst war, ist erstaunlich. Das Schulz nun seinem Arger im sozialdemokratischen "Vorwärts" und im "Grundstein" über das erstickte Jagdgeschäft Lust macht und über den christlichen Terror im Osten zittert, war anzunehmen. Und wenn er die Sage so günstig wie möglich für sich darzustellen versucht, so ist das ungeschickte seiner Blamage und Enttäuschung auch zu begreifen. Wenn er aber behauptet, Kollege Kowalzik und Schulz hätten die Sage

angestiftet, so ist das zu absurd um überhaupt darauf einzugehen.

Was ist nun die Ursache der Erregung unserer Kollegen? Zunächst waren sie empört über die Beleidigung unseres Verbandes, die darin liegt, daß, wenn der rote Verband in Kosten vertreten wäre, mehr erreicht worden wäre. Dem gaben die Kollegen Ausdruck, indem sie zu Schulz meinten, bleibe in Posen roter Schulz, wenn unsere Organisation hier nichts erreichen kann, dann ihr erst recht nichts. Die Hauptursache jedoch ist sehr interessant und kennzeichnet sie den Führer des roten Maurerverbandes in Posen in seiner wahren Gestalt. Einige Tage vor der Versammlung hatte Schulz nämlich in Kosten schon "sondert" u. a. auch bei unserem Vorsitzenden. Und diesem mutete er zu, er solle mit der Zahlstelle zum roten Maurerverband übertreten. Sie würden dann sofort die Bewilligung zum Streit erhalten und mindestens 5 Pf. Lohn mehr bekommen. Schulz mutete also unserem Vorsitzenden eine niedrige Tat, einen Verrat an seinem Verbande zu. Noch schlimmer ist die Aufforderung zum Vertragsbruch, die in der gestellten Summung liegt. Was sagt der rote Maurerverband zu dieser Handlungsweise seines Angestellten und was werden die Arbeitgeber dazu sagen? Das ist ja geradezu insam und offenbart die tiefste Unmoral. Und da verlangt dieser sozialdemokratische Führer noch eine seine Behandlung?

Wir wollen gewiß nicht die Handlungsweise unserer Kollegen beschönigen oder entchuldigen. Auch dem Gegner gegenüber müssen wir den Unstand wahren, am allerwenigsten uns zu Tätschkeiten hinreisen lassen. Das kann unser Ansehen nicht erhöhen. Menschen, wie ein Schulz, mit seinen unmoralischen Summungen, straft man am besten mit Verachtung. Allerdings empfinden wir eine gewisse Schadenfreude über den Ereignisfall, auch kann Schulz das als ein ungewolltes und unvorbereitetes Äquivalent für Posen ansehen, wo er, als seine Genossen unsere Versammlung zur Auflösung brachten, sich mit breitem Gehagen und lächelnder Miene den Bart strich. Was du nicht willst, ihm. Bemerken wollen wir noch, daß Schulz die gleiche Agitation, wie in Kosten, auch noch anderwärts betreibt. Die Behauptung im "Vorwärts" von dem christlichen Terrorismus in Preußen erläutern wir für eine frei erfundene Lüge und Schwindel.

Zum Schluss noch etwas Heiteres. Schulz vergleicht sich in seinem Gallimathias im "Grundstein" mit dem Sonnengott Balder, den "weisen" der Asen. Unsere Kostenkollegen müssen selbstverständlich den blinden Hödur abgeben, der den weisen Balder erschlägt. O Gott, wie lieblich und wie schrecklich — Schulz aus Posen als Sonnengott Balder. Herr, lasse uns dies ertragen, denn das ist ja fast des Guten zu viel. Er (Schulz) vergleicht sich ferner mit einem Perlenträger, der den Säuen (gemeint sind damit unsere Kostenkollegen), keine Perlen vorwerfen will. Danach können sich doch Säue mit den "Perlen" des Schulz schmücken. Welche schöne Einschätzung! Alle Hochachtung. Daß er dann auch von Lachsen redet, womit er ebenfalls unsere Kollegen meint, sollte man ja nicht annehmen. Der Sonnengott Balder und Perlenträger Schulz und solche herabwürdigende Worte? Es ist so, leider. Dieser Sonnengott scheint sich viel auf der Ochsenweide zu bewegen, ja anscheinend hat er es schon zum Treiber gebracht. Wir schließen:

Wo immer er auch ist, so ist er unversoren;  
Man kennt Usurium (den Teufel) sogleich an seinem Ohren.

## Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkomnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

### Stukkatenre.

**Dortmund.** Am Mittwoch, den 17. d. M., tagte im christlichen Gewerkschaftshaus eine kombinierte Mitgliederversammlung, die sich mit dem Endresultate der Tarifverhandlungen beschäftigte. Nachdem den Kollegen die geprologenen Verhandlungen nochmals bekanntgegeben waren, unterbreitete man der Versammlung den gefällten Schiedsspruch. Die Organisationsvertreter Häuschen und Obenius<sup>1</sup> befürworteten, daß sie schweren Herzens diesen Schiedsspruch entgegengenommen hätten, aber unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen gewesen wären. Da ja der Schiedsspruch keine Verblehrungen vor sieht, so wäre dessen Annahme wohl bedingt, bei einer Ablehnung uns aber dasselbe Schicksal blühte, wie den Berlinern im vorigen Jahre. Die Kollegen ließen sich denn auch von diesem Gedanken leiten, und stimmten 89 für und 29 gegen den Schiedsspruch. Somit können wir nächstes Jahr "schwere Kapitalien" anhauen mit dem 1 Pf. Man muß allerdings den Einfluß in Erwägung ziehen, den die schlechte Konjunktur auf einzelne Unternehmer (so auch auf den Unternehmer Ludwig) ausübt, der sehr bestrebt ist, die 10stündige Arbeitszeit wieder einzuführen, und leidet sich auch verschiedene Kollegen dazu hergeben. Aber sind einige darunter, die vergangenes Jahr in Essen ihr Unwesen trieben, und vor geraumer Zeit im "Stukkatenre" die Erklärung abgaben, nicht wieder gegen die festgelegten Bestimmungen zu verstören. Wenn nun der Schiedsspruch uns das Gewünschte nicht gebracht hat, so wollen wir besonders unsere Organisation ausbauen, um allen Eventualitäten in 1910 zu begegnen.

**Badendorf.** Sonntag, den 14. Juni, fand im Verbandslokale Paulushaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der zweite Vorsitzende, Kollege Böllmann, eröffnete die Versammlung. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kartellbericht, 2. Verwaltungsstellen-Bericht, 3. Neuwahl eines zweiten Kartellvertreters, 4. Bezirkssouveränenwahl, 5. Verschiedenes. Kollege Böllmann gab den Kartellbericht und hob hervor, daß unser diesjähriges Stiftungsjahr gemeinschaftlich mit allen Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften in der neuverbaute Festhalle der Katholikenverbindung stattfindet. Das Fest findet am 2. August statt und werden für Mitglieder Karten zu 30 Pf. ausgegeben. Zum zweiten Punkt erstattete Kollege Juchem den Verwaltungsstellenbericht. Neben der Delegiertenwahl für die Bezirkssouveränen in Köln, die am 5. Juli stattfindet, führte Kollege Weisert aus, daß drei bis vier Delegierte genug wären, um nicht zu große Unruhen zu verursachen. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle hob hervor, daß unser freigestellter Beamter und weitere drei Kollegen zu wählen seien, und bestimmte sodann Kollege Georg Schmidt, um welche Personen zu bestimmen, welche die wichtigen Sitzesrechte und Rechte auch voll und ganz zu vertreten imstande seien. Es wurde hierauf beschlossen, zur Erledigung dieses Punktes eine kombinierte Mitgliederversammlung abzuhalten. Zudem folgte eine kurze Rede über die Wahl eines zweiten Kartellvertreters. Der Vorsitzende empfahl einen solchen für viele Monate zu wählen, was jedoch nicht angenommen wurde; die Regierung wurde aufgefordert, einen Beamten für das ganze Jahr zu

wählen und dafür einen Mehrbeitrag von 5 Pf. pro Mitglied aller Zahlstellen zu erheben. Schließlich wurde die Angelegenheit bis zur kombinierten Mitgliederversammlung vertagt. Der Vorsitzende beantragte hierauf, dem freigestellten Beamten zehn Tage Urlaub zu gewähren. Es wurde darüber auf Antrag des Kollegen Zuchem abgestimmt und einstimmig die zehn Tage bewilligt. Als Stellvertreter wurde mit 50 % Vergütung Kollege Lange gewählt. Es folgte sodann die Wahl des Kollegen Göbel als zweiter Kartellvertreter der Zahlstelle. Als Bezirkssouveränen wurden gewählt die Kollegen Bittinger, Ohn und Herff. Unter Punkt Verschiedenes machte Kollege Böllmann die Versammlungen der Lohn- und Schlichtungskommissionen sowie des Vorstandes und Bezirkssouveränen bekannt. Kollege Freitag sprach sodann eingehend über das Gebaren des angeschlossenen früheren Mitgliedes August Köhnen, wie der selbe durch allerlei eigenartige Neddensarten die Kollegen um Aufklärung ersucht, warum er aus dem Verband ausgeschlossen sei. Die Gründe, warum dies geschehen sind, sind jedem Mitglied hinreichend bekannt, und muß sich daher ein jeder hüten, demselben durch seine Verdrehungstatigkeit Gehör zu schenken, denn der Wahrheit gebührt die Ehre. Zum Schlussermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, die Versammlungen vollständig und eifrig zu besuchen und legte ihnen besonders warm ans Herz, alle Lauthalt fahren zu lassen, denn nur durch eifriges Wirken und Zusammenhalten ließen sich die Ziele und Aufgaben des Verbandes durchführen.

### Bimmerex.

**Schlesien, 21. Juni.** Die Versammlung der hiesigen Zahlstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes am gestrigen Abend war von fast allen hiesigen Mitgliedern und einer Unzahl Mitglieder von den umliegenden Dörfern besucht. Manche waren wegen des Heuwetters, zumal am gestrigen Abend Gewitter und Regen drohte, am Erreichen verhindert, um das auf den Wiesen Lagernde Heu noch zu bergen. Die anwesenden Kollegen hörten mit Aufmerksamkeit dem Vortrag des Kollegen Gewerkschaftssekretärs Schmidt aus Berlin zu. Derselbe sprach in klarer, anschaulicher und packender Weise über das zeitgemäße Thema: "Die jetzige wirtschaftliche Lage und die Tarifbewegung im Baugewerbe". Die Rede des Kollegen Schmidt fand lebhafte Beifall. Eine rege Aussprache folgte. Der Vorsitzende, Kollege Mittler, forderte zu eifriger Weiterarbeit auf. Die Kollegen versprachen, jederzeit treu und fest zum Verbande zu stehen und eifrig weiterzuarbeiten für den christlichen Bauhandwerkerverband. Nur dadurch können die Interessen am besten gewahrt werden.

### Maurer.

**Cleve.** Eine von ca. 60 Kollegen besuchte Besprechung fand im Reichswald bei Cleve statt. Es ist uns nämlich nicht möglich, auch nur einen Stall für eine Versammlung in Cleve aufzutreiben. Wenn die Schärfsnächer glauben, uns damit aus Cleve fernzuhalten, so dürfen sie sich schwer täuschen, denn nur um so eifriger werden wir für die Ausbreitung unseres Verbandes eintreten, zumal hier die Arbeitsverhältnisse derartig sind, daß sie einer gründlichen Reform bedürfen. Die Kostenkollegen unterhielten sich in eingehender Weise über ihre augenblicklichen Verhältnisse und kamen zu der Überzeugung, daß es so nicht weitergehen könne. Da das nur mit Hilfe der Organisation möglich ist, wurde der Eintritt in diese empfohlen. Kollegen, arbeitet nun eifrig an dem Ausbau der Organisation, führt ihr den leichten Mann zu. Die Vertretung der Berufsinteressen erfordert den Zusammenschluß sämtlicher Kollegen, und das zu vollbringen, muß unsere erste Aufgabe sein.

**Gschweiler, den 20. Juni 1908.** Da hier unser Tarifverhältnis abgelaufen war, suchten unsere Kollegen weitere Verbesserungen zu erreichen. Schon die Antwort auf unsere Eingabe seitens der Unternehmer ließ lange auf sich warten. Bei den Verhandlungen alsdann beriefen sich die Unternehmer auf die schlechte Geschäftslage, sie könnten daher keine Lohnerhöhung bebilligen. Nach langen Verhandlungen berichtete die Lohnkommission, daß dieses Jahr eine Lohnerhöhung nicht zu erreichen sei. Die Versammlungen waren damals sehr schlecht besucht. Dieses merken die Unternehmer, welches sie auch selbst bei den Verhandlungen durchdrücken ließen. Dieser erste Fehler unserer Kollegen rächte sich schon sofort, indem bei den Unternehmern die Durchschwund. Es wäre sonst vielleicht möglich gewesen, auch für dieses Jahr eine Lohnerhöhung zu erreichen. Die Unternehmer erklärten, den alten Tarif auf ein weiteres Jahr abschließen zu wollen. Die Versammlung nahm Stellung und suchte wenigstens einige Verbesserungen für den zu erneuernden Tarif zu erzielen. Bei den Verhandlungen hat die Lohnkommission dieses auch erreicht, obwohl die Herren Unternehmer schwer dazu zu bewegen waren, und sich darauf beriefen, die Leute seien ja zufrieden. Der Tarif ist abgeschlossen worden mit einigen formellen Verbesserungen. Aber selbst die Versammlung, welche das letzte Wort zu sprechen hatte, war nicht mal gut besucht. Der schlechte Versammlungsbesuch, zumal in einer solchen Zeit, gibt den Unternehmern den Beweis, daß die Bauarbeiter um ihre Berufsfragen nicht viel geben. Somit ist die Strafe wegen der Interessenlosigkeit schon ei. getreten. Wie es scheint, sehen es heute viele noch nicht ein, daß die Schuld nur an ihnen selbst liegt. Was geschieht nun? Raum ist der Tarif zu der alten Lohnhöhe abgeschlossen, gehen die Unternehmer schon dazu über, den Tarif zu durchbrechen und Lohnabzüge anzukündigen. Das ist die Frucht der Interessenlosigkeit und Launheit, weil die Unternehmer wissen, daß sie es wagen können. Der Herr Dreessen hat den Anfang gemacht. Eine Versammlung nahm Stellung und wählte eine Kommission, welche mit der Verbandsleitung vorstellig werden sollte. Herr Dreessen scherte sich nicht, er erklärte: Ich fehle mich nicht an den Tarif und zahl meine Leuten was ich will und verhandle mit diesen selbst. Dieses geschah, trotzdem Herr Dr. bei den Verhandlungen als Kommissionssmitglied zugegen war. In einer weiteren Versammlung welche nach der Luslöhnung stattfand, wurde von den Kollegen berichtet, daß Herr Dreessen die Lohnreduzierung nicht vorgenommen hatte. Wahrscheinlich schien ihm das Versprechen des Verbandsvertreters und der Kommission doch etwas gefährlich zu werden. Es ist unterblieben. Wer es besteht die Gefahr für uns, daß der eine oder der andere Unternehmer es auch probiert, den Tarif zu durchbrechen und den Lohn zu kürzen. Das Verhalten der Kollegen zum Verband, wie sie es jeden Tag beobachten können, ermutigt sie dazu. Darum sei auf der Hut. Die Untreue mancher Kollegen zum Verband wird hier schwer rächen, wenn sie sich nicht schnell auf sich selbst befreien und fest und treu zum Verband halten. Das gilt ganz besonders auch von den Baufilialverbänden, welche größtenteils ein Benehmen zum Verband an den Tag legen, welches ein Lohn ist. Ein Unternehmer tun diese Leute den größten Gefallen, wenn sie nicht zu ihren Standesgenossen halten. Etwas mehr Rücksicht und weniger Alloholgenuss wäre in ihrem eigenen Interesse notwendig, dann kommen sie auch zum Nachdenken über das, was ihnen gut ist. Jetzt liegt es an den Kollegen, auf den Baustellen dafür zu sorgen, daß mehr Einfühlung einzulegen, und auf jedem Bau ein Vertrauensmann gewählt wird, damit wir von jetzt ab gerichtet dastehen. Wollen wir weiter stets über alles informiert und aufgeklärt werden, dann versäumen wir doch keine Versammlung. Sind wir einig, dann sind wir stark und gerüstet für alle Fälle. Es liegt nur an uns, die uns drohende Gefahr abzuwehren. Darum werdet die verantwortliche Interessenlosigkeit ab, werdet wach und stellt euren Mann in der Agitation, bis der Letzte in unseren Reihen steht.

**Gegeheim 1. C. (bei Basel).** Wir sind seit Jahren gewohnt, daß unsere Gegenseitigkeit nicht von sozialdemokratischen Agitationen belästigt wird. Sozialistische Versammlungen haben

wir des älteren erlebt. Auch eine Unzahl Einwohner ist durch die „Schulung“ der „Genossen“ sehr weltbewusst geworden. In den Wirtschaften wird wieder politisiert, man schimpft über Staat, Waffen, christliche Gewerkschaftsführer, bürgerliche Zeitungen usw. Über von guten Sitten haben wir bis heute herzlich wenig gehört. Klärung heißt auch bei uns, wie überall, heutzutag das Lösungswort. Über die Auflösungsarbeit der „Sozialisten“ hatte zur Folge, daß man erst recht die Notwendigkeit einer starken christlichen Gewerkschaft erkannte. In Basel, Wittenau und auch an anderen Orten haben des Oberhessens bestehen bereits große Ortsgruppen von fast allen christlichen Berufsverbänden, und nicht verwunderlich ist, wenn die Arbeiterschaft von den benachbarten Schweiz ihr Augenmerk auf die östlichen Ortschaften richtet. Am Sonntag, den 14. Juni, fand nun die erste öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung hier selbst statt. Als Referent war Gewerkschaftssekretär Heinrich aus Mühlhausen vom christlichen Bauhandwerkerverband erschienen. Zu fünfzigtausend Leute verbreitete sich der Redner über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Er gab in kurzen Zügen einen geschichtlichen Überblick über die Gründe der Entstehung der christlichen Gewerkschaften, über deren Tätigkeit, über auch ein Bild von den Kämpfen, welche sie nach allen Seiten zu führen hatten. Besonders rief er den Vorwurf „Arbeiterversplitterer“ und „Streikbrecher“ ganz entschieden zurück. Redner wies durch umfangreiches Material nach, daß die christlichen Gewerkschaften keinen Streikbruch verübt, sondern überall da, wo bei den Gegnern die ehrliche Absicht vorhanden gewesen sei, die christlichen Gewerkschaften standig die Lage der Arbeiterschaft verbessert, und alle ehrlichen Kämpfe mitgemacht hätten, stets besser wie die „freien“ Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften sind eine Notwendigkeit der heutigen Zeitverhältnisse. Sie sind aber auch ausreichend, die Arbeiterschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Kämpfe zu befähigen, und ihre geistige Bildung zu vervollkommen. Berufsbewußtsein und Standesbewußtsein zu heben und einen ehrlich nationalen Sinn zu pflegen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung unserer liegen darf nicht von der Sozialdemokratie erdrückt werden. Dafür habe ich Arbeiter und Arbeitnehmer zu sorgen. Was in anderen Gegenenden unseres Elsas möglich ist, muß auch in der Nähe der „alten“ Stadt Basel möglich sein. Redner legte zum Schluß die Aufgaben der christlichen Gewerkschaft in der Zukunft dar. Es erklangen bei Erwähnung dieser Zukunftsaufgaben der christlichen Gewerkschaften, die der Referent meisterhaft zu schildern verstand, von Genossen wie „christliche“ Rufe: „Das wollen wir auch!“ — „Auf dem Standpunkt stehen wir“ usw. Schlagend antwortete der Referent auf die Christenrufe unter lebhaften Beifall der Versammlung. Er rief den Genossen zum Schluß zu: „Es wird die Zeit kommen, wo man die Notwendigkeit der jetzt viel verspotteten und zu Unrecht verleumdeten christlichen Gewerkschaftsbewegung erkennen und ihre Hilfe anrufen wird.“ (Stürmischer Beifall.) Als erster Diskussionsredner sprach der allbekannte „Genosse“ Dr. vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der Schweiz. Welch ein Kontrast zwischen den ruhigen und sachlichen Ausführungen des Referenten und den Ausführungen dieses Diskussionsredners. Mit einem rüden Angriff auf den Referenten, Heinrich leitete er seine 15 Minuten lange Rede ein. Behauptungen wurden aufgestellt, aber keine bewiesen. Für alle Missstände im heutigen Wirtschaftsleben wurden die christlichen Gewerkschaften und die Weitlichkeit verantwortlich gemacht. Die christlichen Gewerkschaften aus dem Grunde entstanden seien, weil die katholischen Hochabteilungen nicht genügend für die christliche Arbeiterschaft getan hätte. „Gar nicht begreifen könnte „Genosse“ Dr. daß der Referent Heinrich über die antireligiösen Vorträge wie z. B. „Gibt es einen Gott?“, „Woher stammt der Mensch?“ usw. so scharf gegen die Führer der „freien“ Gewerkschaft ausgesprochen habe, weil sie diese Themen in den Gewerkschaftsversammlungen behandeln. Der „Auch“-Arbeitsführer Dr. gebrauchte als Plausrede, daß diese Themen doch auch auf den Universitäten behandelt würden. — Es sprachen sodann noch einige Genossen, die dem Referenten fast in allen Teilen des Programms zustimmten. Der Referent zerstörte in einigen Minuten die gemachten Ausführungen des Genossen Dr. und forderte alle christlich geführten Arbeiter auf, in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihre Vertretung zu suchen. Die Versammlung

hat den Arbeitern von Hegenheim und Umgebung gezeigt, wo sie Platz ist. Die Genossen haben eine klägliche Niederlage erlitten, die sieben Herren, die sonst so mit dem Mund die „unbestreitbare Arbeiterschaft“ sein wollen. (Brav sol.) — Christliche Arbeiter und Arbeitnehmer in der Umgebung von Basel, eure Parole kann von jetzt ab nur lauten: hinein in die christlichen Gewerkschaften!

**Eich in Oberhessen.** Einen besonderen Begriff von der Organisation der freien Gewerkschaften haben die rot organisierten Kollegen Trechsler und Lang, beide hier aus Eich, zu erkennen gegeben. Zurzeit wird hier der Bahnhof Eich-Grünenberg ausgebaut. Der Brückenbau und die Hochbauten werden von der Bauunternehmung Pfützer-Duderstadt ausgeführt. Die Firma schickte hier den freien organisierten Maurer den tarifmäßigen Lohn von 42 Pf. Da hier nun fast Orte eine sehr schlechte Baukonjunktur vorhanden ist, so waren verschiedene hiesige Maurer gezwungen, am Bahnhof ggf. Erbarbeiter in Beschäftigung zu treten und erhielten einen Stundenlohn von 38 Pf. Die Firma, welche die Erbarbeiter hier ausführt, erkannte bald ihren Fehler und schickte hier einen Guttermayer, welcher dieselben für den kolossalnen Maurerlohn von 38 Pf. ausschlägt. Der Unternehmer ist tarifmäßig verpflichtet, hier den Lohn von 42 Pf. zu zahlen, also die rot organisierten Maurer Lang und Trechsler erlauben sich 9 Pf. billiger zu arbeiten. Unsere christlich organisierten Maurer, die hier arbeiten, wissen, was die Organisation verlangt und arbeiten nicht unter dem tarifmäßigen Lohn. An frühen Morgen und Schikanen hat man es bei den christlich organisierten Maurern nicht schaffen lassen; höchstens besser wie die „freien“ Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften sind eine Notwendigkeit der heutigen Zeitverhältnisse. Sie sind aber auch ausreichend, die Arbeiterschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Kämpfe zu befähigen, und ihre geistige Bildung zu vervollkommen. Berufsbewußtsein und Standesbewußtsein zu heben und einen ehrlich nationalen Sinn zu pflegen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung unserer liegen darf nicht von der Sozialdemokratie erdrückt werden. Dafür habe ich Arbeiter und Arbeitnehmer zu sorgen. Was in anderen Gegenenden unseres Elsas möglich ist, muß auch in der Nähe der „alten“ Stadt Basel möglich sein. Redner legte zum Schluß die Aufgaben der christlichen Gewerkschaft in der Zukunft dar. Es erklangen bei Erwähnung dieser Zukunftsaufgaben der christlichen Gewerkschaften, die der Referent meisterhaft zu schildern verstand, von Genossen wie „christliche“ Rufe: „Das wollen wir auch!“ — „Auf dem Standpunkt stehen wir“ usw. Schlagend antwortete der Referent auf die Christenrufe unter lebhaften Beifall der Versammlung. Er rief den Genossen zum Schluß zu: „Es wird die Zeit kommen, wo man die Notwendigkeit der jetzt viel verspotteten und zu Unrecht verleumdeten christlichen Gewerkschaftsbewegung erkennen und ihre Hilfe anrufen wird.“ (Stürmischer Beifall.) Als erster Diskussionsredner sprach der allbekannte „Genosse“ Dr. vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der Schweiz. Welch ein Kontrast zwischen den ruhigen und sachlichen Ausführungen des Referenten und den Ausführungen dieses Diskussionsredners. Mit einem rüden Angriff auf den Referenten, Heinrich leitete er seine 15 Minuten lange Rede ein. Behauptungen wurden aufgestellt, aber keine bewiesen. Für alle Missstände im heutigen Wirtschaftsleben wurden die christlichen Gewerkschaften und die Weitlichkeit verantwortlich gemacht. Die christlichen Gewerkschaften aus dem Grunde entstanden seien, weil die katholischen Hochabteilungen nicht genügend für die christliche Arbeiterschaft getan hätte. „Gar nicht begreifen könnte „Genosse“ Dr. daß der Referent Heinrich über die antireligiösen Vorträge wie z. B. „Gibt es einen Gott?“, „Woher stammt der Mensch?“ usw. so scharf gegen die Führer der „freien“ Gewerkschaft ausgesprochen habe, weil sie diese Themen in den Gewerkschaftsversammlungen behandeln. Der „Auch“-Arbeitsführer Dr. gebrauchte als Plausrede, daß diese Themen doch auch auf den Universitäten behandelt würden. — Es sprachen sodann noch einige Genossen, die dem Referenten fast in allen Teilen des Programms zustimmten. Der Referent zerstörte in einigen Minuten die gemachten Ausführungen des Genossen Dr. und forderte alle christlich geführten Arbeiter auf, in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihre Vertretung zu suchen. Die Versammlung

hat den Arbeitern von Hegenheim und Umgebung gezeigt, wo sie Platz ist. Die Genossen haben eine klägliche Niederlage erlitten, die sieben Herren, die sonst so mit dem Mund die „unbestreitbare Arbeiterschaft“ sein wollen. (Brav sol.) — Christliche Arbeiter und Arbeitnehmer in der Umgebung von Basel, eure Parole kann von jetzt ab nur lauten: hinein in die christlichen Gewerkschaften!

**Eich in Oberhessen.** Einen besonderen Begriff von der Organisation der freien Gewerkschaften haben die rot organisierten Kollegen Trechsler und Lang, beide hier aus Eich, zu erkennen gegeben. Zurzeit wird hier der Bahnhof Eich-Grünenberg ausgebaut. Der Brückenbau und die Hochbauten werden von der Bauunternehmung Pfützer-Duderstadt ausgeführt. Die Firma schickte hier den freien organisierten Maurer den tarifmäßigen Lohn von 42 Pf. Da hier nun fast Orte eine sehr schlechte Baukonjunktur vorhanden ist, so waren verschiedene hiesige Maurer gezwungen, am Bahnhof ggf. Erbarbeiter in Beschäftigung zu treten und erhielten einen Stundenlohn von 38 Pf. Die Firma, welche die Erbarbeiter hier ausführt, erkannte bald ihren Fehler und schickte hier einen Guttermayer, welcher dieselben für den kolossalnen Maurerlohn von 38 Pf. ausschlägt. Der Unternehmer ist tarifmäßig verpflichtet, hier den Lohn von 42 Pf. zu zahlen, also die rot organisierten Maurer Lang und Trechsler erlauben sich 9 Pf. billiger zu arbeiten. Unsere christlich organisierten Maurer, die hier arbeiten, wissen, was die Organisation verlangt und arbeiten nicht unter dem tarifmäßigen Lohn. An frühen Morgen und Schikanen hat man es bei den christlich organisierten Maurern nicht schaffen lassen; höchstens besser wie die „freien“ Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften sind eine Notwendigkeit der heutigen Zeitverhältnisse. Sie sind aber auch ausreichend, die Arbeiterschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Kämpfe zu befähigen, und ihre geistige Bildung zu vervollkommen. Berufsbewußtsein und Standesbewußtsein zu heben und einen ehrlich nationalen Sinn zu pflegen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung unserer liegen darf nicht von der Sozialdemokratie erdrückt werden. Dafür habe ich Arbeiter und Arbeitnehmer zu sorgen. Was in anderen Gegenenden unseres Elsas möglich ist, muß auch in der Nähe der „alten“ Stadt Basel möglich sein. Redner legte zum Schluß die Aufgaben der christlichen Gewerkschaft in der Zukunft dar. Es erklangen bei Erwähnung dieser Zukunftsaufgaben der christlichen Gewerkschaften, die der Referent meisterhaft zu schildern verstand, von Genossen wie „christliche“ Rufe: „Das wollen wir auch!“ — „Auf dem Standpunkt stehen wir“ usw. Schlagend antwortete der Referent auf die Christenrufe unter lebhaften Beifall der Versammlung. Er rief den Genossen zum Schluß zu: „Es wird die Zeit kommen, wo man die Notwendigkeit der jetzt viel verspotteten und zu Unrecht verleumdeten christlichen Gewerkschaftsbewegung erkennen und ihre Hilfe anrufen wird.“ (Stürmischer Beifall.) Als erster Diskussionsredner sprach der allbekannte „Genosse“ Dr. vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der Schweiz. Welch ein Kontrast zwischen den ruhigen und sachlichen Ausführungen des Referenten und den Ausführungen dieses Diskussionsredners. Mit einem rüden Angriff auf den Referenten, Heinrich leitete er seine 15 Minuten lange Rede ein. Behauptungen wurden aufgestellt, aber keine bewiesen. Für alle Missstände im heutigen Wirtschaftsleben wurden die christlichen Gewerkschaften und die Weitlichkeit verantwortlich gemacht. Die christlichen Gewerkschaften aus dem Grunde entstanden seien, weil die katholischen Hochabteilungen nicht genügend für die christliche Arbeiterschaft getan hätte. „Gar nicht begreifen könnte „Genosse“ Dr. daß der Referent Heinrich über die antireligiösen Vorträge wie z. B. „Gibt es einen Gott?“, „Woher stammt der Mensch?“ usw. so scharf gegen die Führer der „freien“ Gewerkschaft ausgesprochen habe, weil sie diese Themen in den Gewerkschaftsversammlungen behandeln. Der „Auch“-Arbeitsführer Dr. gebrauchte als Plausrede, daß diese Themen doch auch auf den Universitäten behandelt würden. — Es sprachen sodann noch einige Genossen, die dem Referenten fast in allen Teilen des Programms zustimmten. Der Referent zerstörte in einigen Minuten die gemachten Ausführungen des Genossen Dr. und forderte alle christlich geführten Arbeiter auf, in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihre Vertretung zu suchen. Die Versammlung

hat den Arbeitern von Hegenheim und Umgebung gezeigt, wo sie Platz ist. Die Genossen haben eine klägliche Niederlage erlitten, die sieben Herren, die sonst so mit dem Mund die „unbestreitbare Arbeiterschaft“ sein wollen. (Brav sol.) — Christliche Arbeiter und Arbeitnehmer in der Umgebung von Basel, eure Parole kann von jetzt ab nur lauten: hinein in die christlichen Gewerkschaften!

**Oberhausen, 21. Juni.** Am heutigen Sonntag fand auf Rolandseck eine Bezirksskonferenz des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker (Bezirk Niederrhein) statt. Die Konferenz war einberufen worden, weil Bezirksteilnehmer Pfeiffer seinen Wirkungskreis verläßt und am 1. Juli nach Breslau übersteht. Bei Eröffnung der Sitzung warf Bezirksteilnehmer Pfeiffer einen Rückblick auf die Vergangenheit des Verbandes. Zahlte der Bezirk vor drei Jahren erst 600 Mitglieder, heute seien es deren 3500. Gewerkschaftssekretär Schwarz (Krefeld) dankte im Namen des Bezirks dem scheidenden Kollegen für sein milhevolltes Wirken. Ein dauerndes Andenken habe er sich bei der Arbeiterschaft am Niederrhein erworben. Möchten dem Scheidenden im neuen Wirkungskreis recht viele Mitarbeiter zur Seite stehen, damit auch im Osten der christliche Bauhandwerkerverband kräftig blühen und gedeihen könne. In einem herzlich gehaltenen Schlusswort dankte der Scheidende nochmals den Kollegen für ihre rührende Mitarbeit. Kurz vor 1 Uhr hatte die Sitzung ihr offizielles Ende erreicht; man blieb noch eine Weile lang in zwangloser Unterhaltung zusammen.

**Stadtschwazach, 14. Juni.** In einer allgemeinen christlichen Bauhandwerkerversammlung referierte Koll. Befreier (Würzburg) über die kulturelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. In der Diskussion, an der sich auch einige Kollegen aus Kitzingen beteiligten, wurde der Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten Ausdruck gegeben. Besonders interessierten die Ausführungen eines Kollegen, der noch vor kurzem sozialdemokratischer Gewerkschaftler war. Er bekannte, daß er die Phrasen, mit denen die Arbeiter in den sozialdemokratischen Gewerkschaften gestaltet werden, fast gewesen sei. Er werde nun mit aller Kraft an der Auflösung seiner übrigen Kollegen arbeiten, um auch sie der christlichen Gewerkschaft zuzuführen. Im Schlussswort erwähnte der Referent, nur so weiter zu arbeiten, denn durch die heutige Versammlung sei unsere Zahlstelle ein gutes Stück weitergekommen. Mit großer Begeisterung wurde die Versammlung geschlossen.

#### Maurer und Bauhilfsarbeiter.

**Aachen, 27. Juni.** Die Nr. 24 des „Grundstein“ bringt einen Bericht aus Aachen mit dem wir uns etwas beschäftigen müssen, weil dort wieder, wie man es ja von den Genossen fast gewohnt ist, verschiedene Unwahrheiten und Entstellungen berichtet werden. Gegen die Ausführungen über die Konjunktur und ihre Begleitscheinungen wollen wir nichts sagen, aber wohl dagegen, daß der „Grundstein“-Schreiber meint, auch die Kirche (und hier meint der Schreiber doch

wohl die kath. Kirche) das ihre tätigt, um die Arbeitersorganisation fernzuhalten.

Diese verallgemeinerte Unrichtigkeit wird widerlegt durch z. B. in den kath. Arbeitervereinen und sonstigen kath. weltlichen Korporationen, wo Arbeiter vereinigt sind, für die Arbeiter resp. Gewerkschaftsbewegung eingesetzt werden. Das zeigen die zahlreichen Unterrichtskurse, welche durch die Arbeitervereine und selbst von einzelnen Geistlichen und den Arbeitern nahestehenden Personen zu Schulung der Arbeiter abgehalten werden. Das zeigen die zahlreichen belehrenden und aufklärenden Vorträge in den Arbeiterversammlungen und sonstigen Veranstaltungen. Nur schade ist's, daß diese nicht noch besser besucht werden. Natürlich für die freiheitliche (soll heißen unglaubliche) Arbeiterbewegung wird dort nicht agiert, sondern für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Unsere Bauarbeiter haben erkannt, daß heute eine wirklich freiheitliche Arbeiterbewegung nur auf dem Fundamente des Christentums stehend sich entwickeln kann. Aber wenn heute sich noch Arbeiter von der Organisation fernhalten, so hindert sie keineswegs die Kirche oder die Religion daran, sondern dies ist leider auf den Stumpf hin, auf falsche Sparsamkeit und Interessenlosigkeit, vielleicht auch Unwissenheit zurückzuführen. Erfreulicherweise hat die Mehrzahl der Bauarbeiter dieses erkannt und steht fest in der christlichen Organisation. Der „Grundstein“-Schreiber sagt weiter, daß trotz Abschluß des Tarifes der Arbeitszeit und der Lohn ungeregelt sei. Elf und mehr Stunden würden gearbeitet und selbst von Leuten, die den Tarif unterzeichnet hätten. Wenn es dem Genossenführer Kessels mit der Regelung der Arbeitszeit ernst wäre, dann sollte er sich mal seiner Getreuen der Firma Biesel in Düren in der Molkereistraße, die dort in der Mehrheit vorhanden waren, angenommen haben, wo gerade durch diese auch unsere Kollegen gezwungen waren elf und mehr Stunden mitzumachen. Wenn derselbe Kessels es ehrlich mit der Regelung der Arbeitszeit meinte, dann würde er nicht sagen: Wir kehren nicht an nicht an den Tarif. Und was es mit dem Elbstunden- und länger arbeitenden Kollegen, welche den Tarif unterzeichnet haben, auf sich hat, soll folgendes mitgeteilt. Am neuen Elektrizitätswerk bei Haaren, wo ungelöscht 70 bis 80 Kollegen beschäftigt sind, mussten Maschinenfundamente gemauert werden. Es kam da mal vor, daß mit Feierabend der angemachte Zementmörtel noch nicht verbraucht und daher verwendet werden mußte. Die Überstunden werden vergütet. Sollte diese Kr. „durch“ weilen sie christlich sind, dieses ablehnen und das Genossen überweisen? Selbst diese Arbeitern sind öffentlich in der Bude von den gesamten Kollegen, diesen überlassen worden. So offen und ehrlich wird bei den Genossen nicht gehandelt. Soweit wir die Genossen kennen, haben sie solche Arbeiten, wenn sie dazu kommandiert wurden, noch nicht abgelehnt. Denn das hat man vorige Jahr bei dem Streik gesehen, wo sie Kanalisationsarbeiten in aller Eile und sogar noch Nächte ausfuhren, um nicht von den Streikenden erfaßt zu werden und die anwohnenden Frauen batzen, nichts davon zu sagen. Wir glauben gerne, daß es den Genossen ärgert, wenn die Beamten unseres Verbandes noch von den Polieren geachtet werden. Kommt doch ihre Tätigkeit ebenso auch den Polieren zugute. Auch diese Kollegen, soweit sie organisiert sind, wissen, warum sie in der Organisation sind. Aber der Artikelschreiber mag sich gesagt sein lassen, daß das „dem Polier die Hand drücken“ nicht auf Kosten der Kollegen geschieht, wie es der Genossenführer Kessels in Solingen gemacht hat, wo die Provision eine Rolle spielt. Unsere Beamten wissen, wie sie die Interessen der Kollegen wahren und den Polieren gegenüber zu vertreten haben. Jedenfalls stehen unsere Beamten den Polieren, soweit sie keine Mitglieder sind, ebenso nahe wie der Beamte des roten Verbandes. Somit fällt auch die Fasle von schwärzlich organisiert, Streikbruch usw. in sich zusammen. Auch die Fasle von unseren Kollegen an die Wand drücken, wollen wir beleuchten. Vielleicht kommt in nächster Nummer des „Grundstein“, wie ein Geistlicher Märtyrer geworden und von den Christlichen hinausgedrückt sein soll, wie schon vom Genossen Sieben kolportiert wurde. Für heute wollen wir feststellen, daß der eifige Mitgliederdurst schul an seiner Entlassung ist, der ihn stets in die Grundarbeiterbude trieb, um die dortigen Unorganisierten zu bekämpfen, bis diese die Saumüde waren und ihn in unschöner Weise denunzierten. Also bei der Wahrheit bleiben, werte Genossen, sonst werden wir es schriftlich beweisen. Unsere Kollegen sind viel zu nobel und duldsam, um mit Drohungen etwa Genossen zu bekehren. Wer aber in den letzten Wochen mit Gewalt und Drohungen unsere Kollegen in die Genossenreihen (wenn auch ohne Erfolg) pressen wollte, darüber haben wir genug Material. Solche unehrlichen Gewaltmittel wenden wir nicht an. Unsere Kollegen wissen, was sie am christlichen Verband haben

barbarisch, das kostbare geschnückte Eichenholz zu streichen. Warum eigentlich? Ist die natürliche Zeichnung des Tannenholzes nicht viel schöner und abwechslungsreicher als die des Eichenholzes? Und warum soll ich nicht ebenso gut die natürliche Farbe eines Holzes verkleiden, wenn es gestaltet ist, Eisen zu vernickeln und Silber zu vergolden? Nur der Willen des Künstlers sollte Gesetz sein, und wer dem Juwelier das Recht einräumt, einem Silberschmiedstück durch teilweise Vergoldung den Anschein eines höheren Wertes oder einer reizvoller Wirkung zu verschaffen, der muß das gleiche Recht auch dem Architekten hinzustellen des Baumaterials einzuräumen. Offenbar wird hier der Künstler von einer latenter Wissenschafter beherrscht. In unseren Breitengraden gilt der Sandstein als ein kostbares Baumaterial, weil der Marmor viel zu kostspielig und der Granit viel zu schwer zu bearbeiten ist, um reichere Gliederungen zu erzielen. Ein Bauherr, der sich eine Architektur in „echtem Sandstein“ leisten kann, der will, daß die Leute es auch merken — man soll etwas von seinem Reichtum spüren. Er würde sich wahrscheinlich auch sehr grämen, wenn man den Brillantschmuck seiner Frau nicht für echt hielt. Wenn ich mir den Speisesaal mit dem kostspieligen Eichenholz täfeln lasse, warum soll ich die Wände und Decken mit Farbe bestreichen? Es ist ja doch kein Steiferholz.“ Das ist der Gedanke, welcher diese Kreise beherrscht, und der leider auch den Baukunstler beeinflusst. Wenn wir die alten Kirchen betreten, so müssen wir uns sagen, daß es die Farbe ist, die richtige Verteilung der Farbfächer nach architektonischen Gesichtspunkten, durch welche ganz bestimmte monumentale Wirkungen erreicht sind. Rinnant man den Räumen die Farbe, so wird alles nüchtern, und selbst die imponierendsten Raumwirkungen und die feinste Durchbildung aller Gliederungen kann über diesen Mangel nicht hinwegtäuschen. Selbst der Dom zu Köln erscheint nüchtern gegenüber den alten farbenreichen Kirchen, die uns aus dem Mittelalter geblieben sind; und das Bewußtsein, daß die Wände und Gewölbe aus echtem ungefärbten Steinmaterial hergestellt sind, ist ein recht bescheidenes Ergeiß für den Mangel, den jeder Besucher dieses gewaltigen Bauwerkes empfinden wird. Die farbenreichen Glasmalereien stehen völlig unvermittelt zwischen diesen nüchternen Steinpfeilern, und der Kontrast ist fast zu groß, um ihn noch als wohltuend zu empfinden.

Dazu kommt, daß es mit dem Schlagwort „echtes Material“ gar nicht einmal ernst gemeint ist. Was ist denn eigentlich echtes Material? Jedes Material ist echt. Eine Putzfassade aus Backmörtel ist ebenso echt, wie eine Sandstein-Architektur. Wenn man aber eine Putzfassade behandelt, daß sie wie Sandstein erscheint, dann ist das eine unrechte Sandstein-Architektur, aber doch immer noch echter Mörtelputz. Man kann also wohl den Mißbrauch einer herzigen Augenverblendung bestimmen und dennoch den Mörtelputz als echtes Material anerkennen. Aber in der Baukunst vieler Leute ist der Sandstein das echte Material, der Backmörtel und der Sand aber unecht. Aber es muß einleuchten, daß eine verständig durchgebildete Putzfassade in künstlerischer Hinsicht weit wertvoller sein kann, als eine Fassade in Sandstein oder Marmor. Nicht auf die Verwendung dieses oder jenes Materials kommt es an, sondern auf die Wirkungen, die der Künstler mit seinem Stoff herausholt will. Das teure Marmor

wird ja auch nicht gewählt, weil es teurer ist, sondern weil gewisse konstruktive oder ästhetische Wirkungen beachtigt sind. Das Eichenholz ist nicht nur haltbar, sondern es läßt sich auch seine Schnitzereien in diesem Material ausführen, für welche das Tannenholz nicht geeignet wäre. Ein Marmorblock gestattet eine viel feinere Skulpturelle Durchbildung als der Sandstein. Geht aber daraus schon hervor, daß man den Marmor nicht mit Farben tränken darf? Die Alten haben den Marmor in umfassender Weise in der Architektur und in der Skulptur verwendet, aber sie haben ihn doch gefärbt. Gewiß Sandsteinarten unterscheiden sich sehr wenig von einem sorgfältig ausgeführten Putzwortel, aber der Putz wird gestrichen und gewässert, während man die natürliche Beschaffenheit des Sandsteins auch dann dem Auge darbietet, wenn die Fläche auch noch so unschön aussieht. Das war aber früher nicht der Fall — die Scheu vor dem echten Material beherrschte uns. Früher wurde der Sandstein, wie dies an zahlreichen alten Bauwerken zu sehen ist, ebenso gut gefärbt oder mit Putz verkleidet, wie gesagt, wie das Holzwortel im Inneren der Gebäude, aber doch immer nur, wo es den Absichten des Künstlers entspricht. Wo er jedoch bessere Wirkungen durch Anwendung der Farbe zu erreichen glaubt, da soll man

Nur diese Lehre ergibt sich jetzt für unsere Kollgen: Mehr als bisher den Genossen in ihrem unsauberen Handwerk auf die Finger gelesen und geklopft und wenn nötig, ihre Lügen gemeinsam festgenagelt. Sie sind nur darauf aus, die Einigkeit zu stören, welche wir in Zukunft so nötig haben. Darum Augen auf!

#### Bauhilfsarbeiter.

**Neustadt i. W.** In unserer letzten Mitgliederversammlung, die leider schwach besucht war, erstattete Kollege Schmitzki Bericht über die im Durchschnitt stattgefundenen Bezirkstreffen. Er rügte im Anschluß daran die Mahnung an alle Kollegen, eifrig für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen. Es wurde ferner an die monatliche Postalmärkte erinnert, die jeder Kollege leben muß, sowie daß die Mitgliedsbücher auf der Baustelle stets einer guten Kontrolle unterzogen werden sollen. Zum Schluss forderte der Vorsitzende Kollege Kuschel auf, mit ihm gemeinschaftlich zu arbeiten, damit der Verband diejenigen Kräfte erhält, die zur gesunden Interessenvertretung notwendig ist. Sie sollen sich nicht von denen beeinflussen lassen, die der Organisation den Rücken gelehnt haben in ihrer Verbündung. Denn damit schädigen sie sich nur selber und erschließen die Wünsche der Unternehmer. Wir müssen vorwärtsdrängen auf allen Gebieten, besonders die geistige Schulung pflegen, da dies das erste Erfordernis für eine emportreibende Arbeiterschaft sei.

## Eine Berichtigung.

Wir geben in Nr. 25 dieses Blattes in einem Artikel: „Willst du ein christlicher Arbeiter sein“ eine der Tagespresse entnommene Notiz über eine Versammlung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes wieder, in der es hieß:

„Die Beamten in Bochum haben sich während des Streits im Keller des Verbandsgebäudes einen Scheibenstand errichtet und sich die Zeit mit Scheibenschießen vertrieben. (Sache gibt zu, daß einige Beamte das gemacht haben. Heinen ruft: „Die Verbandsbeamten sind während des Streits mit Revolvern ausgerüstet worden.“) Jawohl, mit Revolvern hat man sie ausgerüstet, damit sie sich gegen zudringliche Arbeiter, die Unterstützung haben wollten, verteidigen könnten. Spaniol zieht einen Revolver aus der Tasche und hält ihn hoch.“ Das ist so ein Revolver. Die Kameraden und auch die antreibenden Beamten können sich von der Gethheit der Mordwaffe überzeugen. (Der erste Verbandsfassierer Horn ruft: „Der Revolver gehört dem Verband, den hast du nicht abgeliefert!“) Die Revolver sind gekauft von dem Sammelgeld, für das die Bergarbeiter Brotaufzettel sollten.“

Dazu sendet uns genannter Verband folgende pregeleßliche Berichtigung:

1. Es ist unwahr, daß die Verbandsbeamten während des Streits im Keller des Verbandsgebäudes — oder auch sonstwo — einen Scheibenstand errichtet haben, um sich die Zeit mit Scheibenschießen zu vertreiben. Deshalb ist auch unwahr, daß Sachje in der fraglichen Versammlung zugegeben haben soll, daß einige Beamte das gemacht haben.

2. Es ist ebenfalls unwahr, daß seitens des Vorstandes von den für die streitenden Bergarbeiter gesammelten Geldern Revolver gekauft worden sind, und daß damit die Verbandsbeamten ausgerüstet wurden, damit sie sich gegen zudringliche Arbeiter, die Unterstützung haben wollten, verteidigen könnten. Wahr dagegen ist, daß Spaniol (der Urheber dieses Gerüchts), bei der Bezirkstommision in Oberhausen den Antrag stellte, ihm einen Revolver zu liefern, da er sich nicht traute, ohne Waffe nach dem Bureau zu gehen. Diesem Antrage hat die Bezirkstommision leider stattgegeben, der Vorstand hat von dieser Zusage aber erst kürzlich Kenntnis erhalten.

J. A.: Friedrich Waldecker.

Wir finden, daß diese Berichtigung doch eigentlich an die Presse hätte gehen müssen, die zuerst den Bericht brachte. Außerdem wird etwas darin berichtet, was in der Notiz gar nicht enthalten ist, nämlich daß der Vorstand des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes die Revolver gekauft haben soll. Das war nicht behauptet. Interessant ist das Zugehörnis, daß die Bezirkstommision dieses Verbandes dem Antrage des Spaniol entgegenkam und ihm als Schutz gegen die streitenden Bergleute einen Revolver aus Verbandsmitteln lieferne. Damit ist die Sache für uns erledigt.

## Aus unseren christlichen Verbänden.

Der Centralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands, der Schuhmacher-, Sattler- und Gerbereiarbeiter umfaßt, hat auch in 1907 eine den Verhältnissen entsprechende günstige Entwicklung genommen. Die Mitgliederzahl ist um 597 gestiegen und beträgt mit Jahresende 4336. Die Einnahmen belaufen sich auf 84 472 M., das sind etwa 44 000 M. mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben hatten sich ebenfalls erheblich vermehrt. In Untersuchungen der verschiedenen Art, wie bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Wanderschaft, Streiks, Auspeirung, in Abregelung wurden insgesamt 56 339 M. ausgezahlt. Das Verbandsorgan nebst sonstigen Bildungszielen erforderte 5820 M. Der Kostenbestand betrug am 31. Dezember 19 398,85 M.

In Streiks und Lohnbewegungen war der Verband, sowohl was die Fälle selbst als auch die Zahl der beteiligten Mitglieder angeht, recht zahlreich verwickelt. Bekannt sind noch die Auspeirung in Hauenstein, ebenso die beiden Streiks in Balf und Wittstock, wo es sich in allen drei in der Hauptrichtung um das Sozialrecht drehte. Zusätzlich waren an 34 Bewegungen 1420 Mitglieder beteiligt. 15 Bewegungen wurden allein, 19 mit anderen Organisationen geführt; bei letzteren hatte in zwei Fällen der christliche Verband die Mehrheit. In 11 Fällen wurden Tarifverträge abgeschlossen, an denen bei neuem Tarifvertrag allein beteiligt ist. Neben die Erfolge bei den Bewegungen geben uns folgende Zahlen Auskunft:

	Es erreichten mehr an Lohn	w er ger an Arbeitszeit
36 Mdg. bis 1. R. p. Woche	151 us zu 3 Std. p. Woche	
250	150	242 6
95	2	37 9
48	2,50	30 12
73	3,50	

Zusammen machen die erzielten Verbesserungen mehr als 50 000 M. an Lohn und rund 150 000 Stunden weniger an Arbeitszeit pro Jahr aus. Diese Zahlen zeigen zur Genüge, daß unsere christlichen Arbeiter und Arbeitnehmer der Schuh- und Lederbranche ihre Interessen ganz gut vertreten sehen. Es ist darum auch besticht, daß sich alle christlich gesinnten Schuhmacher, Sattler, Portefeuillier und Gerbereiarbeiter diesem Verband anschließen.

**Der Gütenberg-Verband.** Dem Jahresbericht des Gütenberg-Verbands ist zu entnehmen, daß seit Anfang an den Gesamtverbänden der einzelnen Gewerkschaften das gewirtschaftliche Leben in den einzelnen Ortsvereinen einen regen Aufschwung genommen hat. Trotz ungünstiger Schwierigkeiten war es auch im Berichtsjahr möglich, die Mitgliederzahl zu steigern, und zwar von 2732 am Schluß 1906 auf 2867 am Schluß 1907. Auch auf unchristlichem Gebiete sind Fortschritte zu verzeichnen. In 30 Betrieben bei 40 Firmen wurde dem Tarif die jüristische Anerkennung verschafft, so das der 475 tarifreichen Betrieben, in denen die Mitglieder arbeiten, nur noch 40 gegenüberstehen, die die Anerkennung noch nicht für die Durchführung des Tarifes, ihr arbeitslos gewordene und gemagazinierte Mitglieder einzutauschen für niedrigere Löhne in der Höhe von 1927,50 M. gekauft

werden. 94 Prozent der Mitglieder sind nun tariftreue Gehilfen. Durch Errichtung von Fachvereinigungen und graphischen Zirkeln wurde die sachtechnische Ausbildung gefördert. Das Vermögen wuchs im Berichtsjahr von 285 875 M. auf 316 289 M., ein Zuwachs von 30 423 M. In Untersuchungen wurden ausbezahlt für Kranken 21 846 M., für Arbeitslose auf der Reise 1897 M., für Invaliden 4332 M., des 18-jährigen Bestehens wurden für diese Zweige die Summe von 475 772 M. verausgabt.

## Volkswirtschaftliches u. Soziales.

**Der Wohnungsmarkt in den deutschen Großstädten.** Bisher wurden die Feststellungen über den Wohnungsmarkt in den deutschen Großstädten im „Reichsarbeitsblatt“ nach den einzelnen Orten gebracht, in Zukunft soll aber eine zusammenhängende Darstellung gegeben werden. Damit ist in der neuesten Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ bereits der Anfang gemacht worden. Über den Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen liegen aus 34 Großstädten Daten vor, und zwar in den allermeisten Fällen aus der zweiten Hälfte des Vorjahres. Im allgemeinen gilt ein Satz von 3 Prozent an leerstehenden Wohnungen als normal, ist dieser Prozentsatz niedriger, so können Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt entstehen, da dann der Ausgleich bei den Umgängen nicht mehr so glatt vor sich gehen kann. Über diesem Prozentsatz standen, also eine höhere Zahl von leerstehenden Wohnungen hatten 16 Städte. Am höchsten war die Zahl der leerstehenden Wohnungen im Berliner Vorort Wilmersdorf, hier stieg der Satz der leerstehenden Wohnungen nach einer Feststellung vom November vergangenen Jahres auf annähernd 10 Prozent. In Plauen im Vogtland standen 7,82 Prozent der zur Verfügung stehenden Wohnungen leer, in Wiesbaden 7,61 Prozent, in Kassel 6,36 Prozent und je 5,2 Prozent in Breslau und Görlitz, weiter war noch der Durchschnittsatz über 3 Prozent in Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg, Mainz, Dresden, Kiel, Königsberg, Barmen, Schöneberg-Berlin und Posen; in den zuletzt aufgeführten Städten schwankte der Durchschnittsatz an leerstehenden Wohnungen zwischen 4,6 in Elberfeld und 3,02 Prozent in Posen. Unter 3 Prozent, aber über 2 Prozent an leerstehenden Wohnungen wurden gezählt in Karlsruhe, Düsseldorf, Berlin, Aachen, München, Straßburg, Bremen und Ulm. In den Städten Leipzig, Lübeck, Freiburg, Essen, Braunschweig, Magdeburg, Chemnitz und Mannheim blieb der Satz an leerstehenden Wohnungen unter 2 Prozent, jedoch noch über 1 Prozent, dagegen blieben Nürnberg mit 0,92 und Augsburg mit 0,62 Prozent noch unter einem Prozent.

Auch über die Zunahme der überhaupt zur Verfügung stehenden Wohnungen sind in einigen Städten Aufzeichnungen gemacht worden. So hatten sich im zweiten Halbjahr 1907 die Wohnungen in Köln a. Rh. um 200 oder um 1,81 Prozent vermehrt; dabei ist die Beobachtung gemacht worden, daß sich die mittleren Wohnungen mit drei und vier Zimmern am meisten vermehrt haben, während die Zahl der kleinsten Wohnungen mit einem Zimmer noch um eine Kleinigkeit zurückgegangen ist. In Elberfeld entsprach die Zahl der hinzugewonnenen Wohnungen einem Satz von 2,1 Prozent, im einzelnen hatten die kleinsten Wohnungen zugenommen um 1,3 Prozent, die mittleren Wohnungen um 2,7 Prozent und die größeren Wohnungen um 4,2 Prozent. Auch in anderen Städten zeigt sich, daß die Zahl der kleinsten Wohnungen in geringerem Umfang zunimmt als die mittleren und größeren Wohnungen. So hatte z. B. Hamburg bei einer allgemeinen Vermehrung um 5015 Wohnungen nur eine Vermehrung von 177 kleinen Wohnungen von ein und zwei Zimmern aufzuweisen, in Nürnberg waren unter 1293 neuen Wohnungen nur 46 Wohnungen mit zwei Wohnräumen und in Lübeck kamen auf einen Zugang von 492 Wohnungen nur 10 Eins- und Zweizimmerwohnungen.

## Von den Arbeitsstellen.

**Das große Baumglück in Völklingen vor Gericht.** Am 17. Juni stand vor der Strafkammer in Saarbrücken die Verhandlung über das große Baumglück in Völklingen im Herbst v. J. statt. Wir entnehmen darüber der „Saarbrücker Zeitung“. Ungefähr neun Stunden hindurch verhandelte heute der Gerichtshof die Anklage gegen den Bauunternehmer Hugo Meyer aus Völklingen wegen fahrlässiger Tötung in idealer Konkurrenz mit § 230 des Strafgesetzbuches (Verstoß gegen die anerkannten Regeln der Baukunst). Zu der Verhandlung sind eine große Anzahl von Zeugen und mehrere Sachverständige geladen. Wie noch erinnerlich sein dürfte, ereignete sich am 13. November v. J. in Völklingen ein schweres Baumglück, indem ein Neubau, den der Angeklagte anführte, während eines starken Sturmwindes plötzlich zusammenstürzte, wobei fünf Männer ihr Leben einbüßten. Es wurde damals sofort angenommen, daß der Angeklagte für den Unfall voll verantwortlich zu machen sei, indem er schulhafter Weise verschiedene außer acht gelassen habe, was zu den fundamentalsten Grundsätzen bei Aufführung eines Gebäudes gehört. Meyer wurde auch in Untersuchungshaft genommen, später aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Er stellte jede Schuld in Abrede, er schreibt die Ursache des Unglücks vielmehr unabwendbaren Ereignissen zu, für die man niemanden zur Verantwortung ziehen könnte. Der Einsturz geschah, wie die Zeugen berichten, binnen wenigen Sekunden: zuerst ein plötzliches Brüllen, dann fiel die Bordwand des Hauses in sich zusammen, der Mittelwand und zuletzt der Dachfuß folgten. Fünf Männer wurden unter den Trümmern begraben, die später nur noch als Leichen geborgen werden konnten. Für die Frage, ob der Angeklagte schuldig ist oder nicht, sind in erster Linie die Aussagen der Sachverständigen von entscheidender Bedeutung. Die beiden weichen leicht ineinander ab. Die von der Anklagebehörde geladenen Sachverständigen befürworten, daß der Einsturz auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sei, die der Angeklagte durch seine Tätigkeit hätte abwenden können. Zunächst habe ein zu früher Träger Verwendung gefunden, sodann sei die Trägerverteilung eine ungenügende gewesen, die Pfeiler der oberen Stockwerke hätten sämtlich auf den Türöffnungen des unteren geruht, und schließlich sei auch die Aufführung des Baues allzu schnell bei schlechtem Wetter und unter Benutzung von nicht hinwendbarem Material erfolgt. Die von der Verteidigung zitierten Sachverständigen sind dagegen sämtlich der Ansicht, daß der an jenem Tage wehende heftige Sturmwind die Bordwand des Baues zum Ranten und schließlich zum Zusammensturz gebracht habe, was dadurch leicht erklälich sei, daß durch das vorhergegangene lange anhaltende Regentenwetter das

Mauerwerk untermaschen gewesen wäre; hierfür könne aber der Angeklagte nicht verantwortlich gemacht werden, der auch nach dem Gutachten dieser Sachverständigen nicht gegen die anerkannten Regeln der Baukunst verstößen hat. Der Staatsanwalt hält auf Grund der Beweisaufnahme die Schuld des Angeklagten im Sinne der Anklage für voll erwiesen und beantragt gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten; für den Fall, daß das Gericht die Sache nach dieser Richtung nicht für genügend aufgeklärt erachtet, stellt der Staatsanwalt eine Reihe weiterer Beweisanträge. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Sensfelder, beantragt dagegen Freisprechung seines Klienten, für welchen die Beweisaufnahme zum mindesten ein non liquet (ist nicht klar erwiesen) ergeben habe; auch der Verteidiger stellt eventuell noch mehrere Beweisanträge. Nach längerer Beratung des Gerichts wurde um 9½ Uhr abends zunächst der Beschluss verkündet, daß die weiteren Beweisanträge der Staatsanwalt und der Verteidigung abgelehnt werden, da dem Gericht die Sache genügend aufgeklärt erscheine. Es erging sodann folgendes Urteil: Das Gericht hat als erwiesen angenommen, daß der Angeklagte wider die anerkannten Regeln der Baukunst sich verstößen hat, indem er insbesondere einen Träger hat Verwendung finden lassen, der zu kurz war, und indem er, um diesen Fehler zu korrigieren, einen Holzteil unterschlagen ließ, der die auf ihm ruhende große Last voraussichtlich nicht würde haben aus halten können. Dagegen hat nicht mit Sicherheit festgestellt werden können, daß diese Verhöfe in fauler Weise den Einsturz verhindert haben; es erscheint vielmehr nicht ausgeschlossen, daß hierfür anderweitige Ursachen, die der Angeklagte nicht zu vertreten hat, in Betracht kommen. Letzterer war daher nur wegen Vergehens gegen § 230 St. G. B. nicht aber auch wegen fahrlässiger Tötung zu bestrafen. Im Hinblick auf die grobe Gefahr, die durch solche Verhöfe herausbeschworen wird, erzielen eine verhältnismäßig hohe Geldstrafe am Platze. Dieselbe wird auf 100 M. festgesetzt und treten an ihre Stelle im Falle der Unbelehrlichkeit 10 Tage Gefängnis. — Das ist eine sehr geringe Strafe und mindestens nicht geeignet, daß Gewissen derartiger Unternehmer zu schärfen.

**Oberlahnstein, 19. Juni.** Die Königlich preußische und Großherzoglich hessische Eisenbahndirektion hatte die Ausführung von Erd-, Böschungs- und Pfasterarbeiten, sowie eine Stützmauer für die Erweiterung des Bahnhofs Oberlahnstein ausgeschrieben. Es handelt sich um a) Bewegung von 115 000 Kubikmeter Erdmassen, b) 1250 Kubikmeter Mauerwerk, c) 200 Quadratmeter Böschungsplasterarbeiten. Es fordert für a: g. Gall.-Oberlahnstein 317 154 M., Reisenrath-Niederlahnstein 217 402,50 M., Reis & Kröll-Koblenz 212 082,50 M., Marx Wald-Koblenz 213 672,50 M., C. Plate-Chrenbreitstein 337 350 Marl, Gebr. Baum-Niederbeulendorf 211 030 M., h. Batter-Mannheim 844 861,50 M., P. Ochs-Wiesbaden 235 309 M. Der Unterschied zwischen der höchsten und niedrigsten Forderung beträgt 126 350 M. Weiter fordern: G. Pfaff-Wiesen für a 79 350 M., für c 20 372,50 M., Hüt & Opfermann-Wieden a 63 250 M., c 12 602 M., Kraus & Jenias-Doppard a 40 250 M., c 14 399 M., Karl Bundel-Wiesbaden a 103 500 M., c 31 900 M., Seb. Brüllendorf-Biebrich a 72 450 M., c 16 273,50 M., f. Wope-Berlin a 90 850 M., c 22 275 M., G. Rostell-Hannover a 55 200 M., c 18 617,50 M., W. Los-Ansbach a 80 500 M., c 22 052,50 M., W. Wetter-Mainz a 86 250 M., c 17 300 M., G. Littmann-Frankfurt a 138 000 M., c 18 870 M., h. Hess-Helberg a 95 450 M., c 23 677,50 M., Wiederspahn & Schäffer-Wiesbaden a 78 600 M., c 19 113 M., Welcher & Thomas-Dieburg a 72 450 M., c 18 129 M. Auch bei diesen Kosten ist der Kreisunterschied ein sehr bedeutender.

**Breslau, den 22. Juni.** Ein Baumfall ereignete sich auf dem Neubau des Bauunternehmers über auf dem Eichhorndorf Parkgrundstück. Drei Bauarbeiter waren mit dem Hochziehen von Ziegelsteinen beschäftigt, wobei durch Schwüngungen des Trägerleins ein Holzbock gegen einen Mauerpfosten fußte und diesen umstürzte. Der Maurer Otto Reißig wurde mit in die Tiefe gerissen und erlitt durch die nachfolgenden Biegel und Bretterschwere Verletzungen, die seine Überführung ins Krankenhaus notwendig machten. Der Maurer Gustav Kressel erlitt Verletzungen durch nachfallende Ziegelsteine und mußte ebenfalls ins Krankenhaus gebracht werden. Der Malerin Knittel erlitt unbedeutende Verletzungen. Die Arbeit an dem Bau wurde weitergeführt. Wer die Schuld an dem Unglück trägt, wird wohl die eingeleitete Untersuchung ergeben.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die bisherigen Quittungen über eingesandte Gelde an die Hauptkasse fallen fort. In Zukunft werden die Geldsendungen in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und zwar wöchentlich.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin 0,17, Rüdersdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 22. bis 28. Juni sind folgende Beträge eingegangen:

Für Beiträge und Eintrittsgelder: Blankenburg (Einzel) 4,70 M., Bünde 10,50 M., Gilrshausen 28,44 M., Lüd 25,— M., Münster 150,— M., Nollshausen 20,— M., Huttrop 38,60 M., Gladbeck 220,— M., Mühlbach 46,— M., Werl (07) 7,20 M., Boppard 368,94 M., Königswinter (W.) 300,— M., Gelsenkirchen 600,— M., Wiesenfeld 6,15 M.

Für Stempel: Münster 7,05 M., Bedum 1,40 M., Schwerin 5,— M., Essen 4,40 M., Detmold 3,40 M.

Für Verbandsplakate und Karten: Herne 12,— M.

## Bekanntmachungen.

**Achtung! Italienisches Sekretariat.** Der Kollege Vittorio Nardie wohnt infolge der Verlegung des italienischen Sekretariats von Oberhausen nach Köln in Köln a. Rh., Palmar 14. Sämtliche Anfragen sind mithin von jetzt an nach dort zu richten.

**Achtung! Hattingen.** Der Vorsitzende wohnt jetzt Heggerstraße 45 (Restaurant Meyer), der Kassierer W. Schmidt wohnt Oststraße 21.

### Sterbetafel.

Am 16. Juni starb unser Mitglied Stefan Mosbach im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung.

Zahlstelle